Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

5.4.1892 (No. 77)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 77. Dienstag, den 5. April 1892.

? Dem Andenken des † Stadtpfarrers von Ettenheim, Franz Hiß, gewidmet.

Am letzten Mittwoch hat man die irdische Hülle eines Mannes zu Grabe getragen, der zu den tüchtigsten und eifrigsten Priestern der Erzdiözese zählte, zu jenen Priestern, welche die Kirchenbehörde auf jeglichen Posten stellen kann und nichts Anderes zu erwarten hat, als gewissenhafte Pflichterfüllung und tüchtige Leistungen. Mit hervorragender Begabung verband er die größte Arbeitskraft und Arbeitslust, unbedingte Hingebung an seinen Beruf und unbegrenzte Opferwilligkeit. Er zeigte den größten Eifer in den praktischen Arbeiten seines seelsorgerlichen Berufes, eine wahre Begeisterung für die Wissenschaft und das lebhafteste Interesse für alle Vorkommnisse des öffentlichen Lebens. Dabei war er als Mensch wie als Priester makellos im Charakter und Leben und uneigennützig bis zur größten Vernachlässigung seiner eigenen persönlichen Interessen. Er hat anspruchslos für sich selber gelebt und ist als Armer gestorben.

In Eichbach bei Staufen als Sohn vermöglicher Bauersleute am 21. Oktober 1844 geboren, machte der nunmehr in Gott ruhende Franz Hiß seine Gymnasialstudien in Freiburg und zwar als Zögling des Knabenseminars. Er war einer der vielen klassischen Zeugen dafür, daß das erzbischöfliche Knabenseminar in Freiburg nach jeder Richtung hin Ausgezeichnetes leistete und nur segensreich wirkte und daß die Zerstörung dieser und anderer gleicher Anstalten eine wahre Barbarenthat des badischen Kulturkämpferthums war. Unter der unübertrefflichen Leitung des nunmehrigen Pfarrers von Ebringen bei Freiburg gelangte das Freiburger Knabenseminar zu seiner höchsten Blüthe. Wie bei vielen anderen so hat er auch bei dem verstorbenen Stadtpfarrer Hiß den Grund zu seinen tüchtigen Leistungen im praktischen Leben gelegt. Nun, da er in verhältnißmäßig jungen Jahren hat sterben müssen, kann der ehemalige Präfekt Lüschgi mit gutem Grunde sagen: was tüchtig war an ihm und was er in 23 Priesterjahren Tüchtiges geleistet hat, das ist nicht zum kleinsten Theile die Frucht meiner Saat. Nachdem Hiß über die Schwierigkeiten in seinen Gesundheitsverhältnissen hinaus war, die ihn in seinen Studien um ein Jahr zurückbrachten, konnte Niemand daran zweifeln, daß er später sehr Tüchtiges leisten würde. Er gehörte zu jenen Studenten, die ihre Freude daran haben, die ihnen verliehenen Talente redlich auszunützen, ihren Lehrern wenig Arbeit, gar keine Sorge, dagegen recht viele Freude bereiten. Der damalige Präfekt Lüschgi wirkte ungemein anregend auf alle begabteren Zöglinge ein, über den Rahmen dessen hinauszugehen, was die Anforderungen des Gymnasiums zur strengen Pflicht machten. Wie die Pflege des Gesanges und der Musik, so lag ihm auch die Förderung eines höheren wissenschaftlichen Strebens sehr am Herzen. Der verstorbene Hiß war auch nach dieser Richtung hin einer seiner empfänglichsten Zöglinge. Namentlich warf er sich unter Lüschgi's Anleitung auf das Gebiet der Philosophie.

In der Zeit, da Hiß die Universität besuchen sollte, waren die Verhältnisse an der theologischen Fakultät zu Freiburg keineswegs verlockend für einen talentvollen wissensdurstigen Theologen. Sie war anerkanntermaßen eine der geringsten in Deutschland. Auch heute noch sind diese Verhältnisse nicht glänzend und sie werden es niemals sein, so lange neben dem Kultusminister irgend ein Professor bei Besetzung der Lehrstühle die Hauptrolle spielt, der es verstehe, sich in der Gunst der Residenz festzusetzen und einen eigenen Hof ergebener Professoren um sich zu sammeln, während von einem Einfluß des Erzbischofs kaum gesprochen werden kann.

Das erklärt es, daß es den Theologen Hiß an eine andere Universität drängte, an der die theologische Fakultät Besseres hat. Mit Erlaubniß der Konviktsdirektion ging er nach Würzburg, nachdem er das erste Jahr in Freiburg verbracht hatte. Wie er in Freiburg in ein innigeres persönliches Verhältniß zum seligen Professor Dr. Alzog getreten war und durch Privatverkehr mit diesem liebenswürdigen und gastfreundlichen Gelehrten seine kirchengeschichtlichen Studien wesentlich förderte, so trat er in Würzburg in noch innigere persönliche Beziehungen zum seligen Professor Hettinger, der wesentlichen Einfluß auf den Gang seiner dogmatischen Studien ausübte und ihn in die Kunstgeschichte einführte. Beiden Gelehrten bewahrte er ein dankbares Andenken und unterhielt persönlichen Verkehr mit ihnen bis an deren Tod. Neben Hettinger war es namentlich der spätere Kardinal Hergenröther, dessen Ruf als Gelehrter, wie als Lehrer ihn nach Würzburg gezogen hatte.

Nachdem er im Jahre 1868 zum Priester geweiht worden war, wirkte er einige Jahre als Vikar in Altbreisach. Er selbst wie der damalige Präbendar und nunmehrige Stadtpfarrer von Elzach, mit dem er persönlich befreundet war und blieb, entfalteten hier in brüderlicher Eintracht einen seelsorgerlichen Eifer, den man mit gutem Grund als mustergültig bezeichnen darf. Seine erstaunliche Arbeitskraft, der ein umfangreiches und vielseitiges Wissen zur Seite ging, drängte ihn aber auch noch zur Thätigkeit auf anderen Gebieten. Eine Reise nach Rom steigerte Sinn und Begeisterung für archäologische Studien.

Trotz seiner ausgeprägten Liebe zur Wissenschaft sah er sich doch sehr bald auf ein Gebiet gedrängt, dessen energische Bearbeitung den streng wissenschaftlichen Studien nicht förderlich ist. Er nahm in Wort und Schrift eifrig Antheil an den erregten und aufreibenden politischen Kämpfen. Er hatte auch dafür ein ganz ausgesprochenes Talent. Und für einen opferwilligen, seiner Kirche treu ergebenen Priester ist es ja heutzutage gar nicht möglich, ein solches Talent nicht nach Kräften zu verwerthen. Je mehr die wichtigsten Interessen der Kirche zum Streitobjekt politischer Parteien geworden sind und auch der Arena politischer Kämpfe in der Presse wie in den Parlamenten ausgefochten werden, desto nothwendiger und naturgemäßer ist es, daß gerade Priester daran Theil nehmen, wenn sie die nöthige Befähigung dafür haben. Und das war bei Hiß in hohem Maße der Fall, den keine Arbeit und kein Opfer bedenklich machen konnte. Ohne letztere Eigenschaft hätte er nicht zu dem Entschlusse kommen können, in Breisach selbst ein Blatt zu gründen. So rastlos er auch arbeitete und so schwere Opfer er brachte, konnte das Unternehmen keinen Erfolg haben. Die gute Saat fand nicht den richtigen Boden und konnte darum auch bei sorgfältigster Pflege nicht gedeihen. Von Breisach weg kam er nach Karlsruhe, um in schwieriger Zeit mehrere Jahre hindurch den „Bad. Beob." zu redigiren. Wie in Breisach am nunmehrigen Stadtpfarrer Hund, so fand er in Karlsruhe am nunmehrigen Abgeordneten Hug einen treuen Freund und unermüdlich thätigen, opferwilligen Mitarbeiter. Was sie in diesen Jahren beide vereint mit einander gearbeitet und erreicht haben, war von unschätzbarem Werthe für die Centrumspartei Badens und hat Anspruch auf deren unauslöschlichen Dank. Die Vertretung der Parteiinteressen in der Karlsruher Gegend lag in den denkbar besten Händen, so lange diese beiden Männer deren Hüter waren. Die Wahlniederlage des Kirchenquälers Jolly war eine agitatorische Großthat. Und der Wahlsieg des nunmehrigen Staatssekretärs v. Marschall über Staatsrath Eisenlohr war eine Leistung ersten Ranges, wenn er auch im ersten Feldzuge nur ein moralischer war. Er trug ganz wesentlich dazu bei, daß diesem Politiker und Staatsmanne die Laufbahn sich eröffnete, welche seinen Talenten entsprach.

Nach einigen Jahren aufreibender politischer Thätigkeit in der Residenz, kehrte Hiß in die Seelsorge zurück und wirkte zunächst als Pfarrverweser von Kenzingen und nach definitiver Besetzung dieser Pfarrei als solcher von Oberhausen mit dem Filial Niederhausen. In dieser letzteren Stellung arbeitete er Jahre lang. Diese große Pfarrei mit Gottesdienst in beiden Gemeinden kann auch den kräftigsten und leistungsfähigsten Priester vollauf in Anspruch nehmen. Zudem fiel noch die Restauration beider Kirchen in die Hiß'sche Periode. Und welche Mühen, Sorgen, Verdrießlichkeiten und Opfer eine solche Restauration für den Pfarrer und Pfarrverweser selbst dann im Gefolge hat, wenn es ohne Kollisionen mit dem Oberstiftungsrathe abgeht, davon weiß Jeder zu erzählen, der eine solche Geschichte schon durchgemacht hat. Gleichwohl fand der unkräftige, körperlich und geistig ungemein beweigliche Hiß noch Zeit, den lebhaftesten thätigen Antheil am wissenschaftlichen wie auch politischen Leben zu nehmen und zwar wiederholt neben einander. Ende 1888 wurde er Stadtpfarrer von Ettenheim.

Wo immer man den Verewigten kannte und eine glückliche Besetzung dieses wichtigen Postens wünschte, war man hoch erfreut über diese seine Ernennung. Kurz zuvor hatte die Reorganisation der Centrumspartei ihren Anfang genommen; es konnte darum kaum ausbleiben, daß Hiß in hervorragendem Maße an den Arbeiten Theil nahm und zwar in führender Stellung. Er wurde Mitglied des Centralkomitees und wäre bei den Wahlen von 1891 als Kandidat für ein Abgeordneten-Mandat in's Auge gefaßt worden, wenn ihn nicht schwere Krankheit befallen hätte, die ihn trotz des erstaunlich langen und zähen Widerstandes seiner kräftigen Konstitution dem sicheren Tode entgegenführte. Nachdem er wesentlichen Antheil daran genommen hatte, den Landtagswahlbezirk Ettenheim-Kenzingen für das Centrum zurückzuerobern, leistete er bald darauf erstaunlich Großes, nur im Februar 1890 auch den Reichstagswahlbezirk Kenzingen-Ettenheim-Lahr-Welsach für das Centrum zu gewinnen. Solche politische Arbeit in hervorragendem Umfange that seinem erfolgreichen Wirken als Seelsorger keineriei Abtrag. Er hatte als Pfarrer sehr bald die allgemeinste Achtung und das größte Vertrauen in der Pfarrgemeinde sich erobert und erhalten. Das zeigte sich u. A. gerade in der großen und herzlichen Theilnahme, die sein früher Tod hervorgerufen hat. Es waltet ein eigenthümliches Geschick über der Pfarrei Ettenheim. Hoch, Moser und Hiß sind in unmittelbarer Reihenfolge Pfarrer gewesen. Alle drei waren anerkannt ausgezeichnete Priester und Pfarrer. Alle drei kamen als kräftige, kerngesunde Herren im besten Mannesalter nach Ettenheim; alle drei haben in verhältnißmäßig jungen Jahren sterben müssen: Hoch nach kurzer Krankheit, Moser und Hiß nach langen, schweren Leiden. Wie Eingangs erwähnt wurde, ist Hiß in Armuth gestorben. Er hatte sein tägliches Auskommen und das genügte seinem uneigennützigen, anspruchslosen Wesen. Möge nun so reicherer Lohn sein Antheil in der Ewigkeit sein! Vermögen hat er nicht hinterlassen, aber das ist kein Unglück; hätte er doch wenigstens seine hohe Begabung, sein reiches Wissen und seine ungewöhnliche Schaffenskraft zurücklassen können, um sie als Erbe auf Andere zu übertragen! So ist uns nur sein Andenken geblieben, doch ist auch dieses für sich allein ein hohes Gut. Es ist in Ehren und wird in Ehren bleiben. Wie es uns, die überlebenden Bekannten und Freunde mahnt, für die Ruhe seiner Seele zu beten, so ist es uns auch eine stündige eindringliche Mahnung, in den Reihen der Kämpfer auszuharren, keine Arbeit zu scheuen und keinem Opfer auszuweichen.

R. I. P.

Deutschland.

Berlin, 3. April.

Die Königin und die Königin-Regentin der Niederlande kommen im Mai zum Besuch des Kaiserpaares nach Berlin.

— Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt zu Bismarck's Geburtstag: „In zahlreichen Orten begehen Vereine und Versammlungen den heutigen Geburtstag des Fürsten Bismarck in feierlichster Weise. Die Theilnehmer an diesen Festlichkeiten bekunden damit, wie das deutsche Volk sich fortgesetzt der Verdienste erinnert, welche der große Staatsmann um seine Geschicke sich erwarb, und dankerfüllt auf jene große Zeit und ihre Ergebnisse zurückblickt, in welcher unter Kaiser Wilhelm's Führung Deutschland den ihm gebührenden Platz in der Weltordnung siegreich erstritten hat."

— Fürst Bismarck hat bei dem ihm in Friedrichsruh gebrachten Fackelzug, laut der „Köln. Ztg.", folgenden Ausspruch gethan: „Wenn wir an dem Erreichten festhalten, sind wir stark genug, uns zu wehren nach rechts und links. Wir hauen sie Alle in die Pfanne, aber angreifen dürfen wir nie."

— Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Ernennung des Direktors im Reichsjustizamt, Hanauer, zum Staatssekretär und des Geh. Oberregierungsraths Gutbrod zum Direktor des Reichsjustizamts. Hanauer ist ein bayerischer Jurist. Er ist gleichzeitig Vorsitzender der Kommission für die zweite Lesung des Entwurfes eines bürgerlichen Gesetzbuches. Sein Nachfolger als Ministerialdirektor, der bisherige älteste vortragende Rath, Geh. Oberregierungsrath Gutbrod, ist ein württembergischer Jurist, der, wie Herr Hanauer, dem Reichsjustizamt seit dessen Begründung im Jahre 1877 angehört; der ständige Hilfsarbeiter in der Reichskanzlei, Regierungsrath Günther, früherer Landrath des Kreises Rummelsburg, ist zum Geh. Regierungsrath ernannt worden.

— Die kaiserliche Verordnung vom 28. März betreffend das Inkrafttreten der auf die **Sonntagsruhe**

Im Banne geheimer Mächte.

4) Originalroman von Adolphe Belot.

(Fortsetzung.)

Aber wein, Fürst Orsiloff blieb unsichtbar, ließ zur Zeit ebenso wenig von sich hören oder sehen wie die in Aussicht gestellten fünfzig Millionen. Nachdem er bei seinem Bankier von Neuem eine bedeutende Summe Geldes aufgenommen, hatte er Paris verlassen. Niemand wußte, wohin, Niemand kannte Ziel oder Zweck seiner Reise, noch bekümmerte sich Jemand darum; Jeder, der ihn kannte, war längst daran gewöhnt, den Sonderling jeweilig verschwinden zu sehen und ihn eines Tages ebenso plötzlich und unmotivirt auf der reichbewegten Bühne der Pariser Gesellschaft wiederzufinden.

Mérieux begann fast zu verzweifeln, wegen — eines Umstandes, der sehr gegen alle Berechnungen des Planes zu gehen schien — der alte Graf Lavisine erfreute sich in letzter Zeit einer besseren Gesundheit als seit Langem. Das ruhige zurückgezogene Leben, das er in Paris führte, zumal seitdem seine Nichte, voll von dem Gedanken an ihre geheime Liebe der Pariser Gesellschaft den Rücken gewendet, sagte seinem Wohlsein zu, befriedigte seinen Hang zur erhaltenden Behaglichkeit und kräftigte sein durch frühere anstrengende Thätigkeit angegriffenes Nervensystem. An Sterben, sagte sich der verblüffte Mérieux ebenso ärgerlich wie erschrocken, war bei diesem Manne vorläufig weniger zu denken als je zuvor, und was die Nihilisten betraf, die wohlbesprochenen und im Stillen leise erhofften Nihilisten, sie ließen nichts von sich hören. Sie schienen den Grafen vergessen zu haben oder hatten ihn wohl gar überhaupt nie gekannt, trotz all der schönen Versicherungen des Fürsten Orsiloff an Mérieux.

So war die Sachlage am 23. Febr. des Jahres 1889.

Komtesse Sophie kehrte an diesem Tage etwas später als sonst zum Diner zurück, von einer Ausfahrt, die sie ohne den, seine häusliche Behaglichkeit nicht gern unterbrechenden Grafen unternommen. Ihr Onkel, der nicht ohne sie speiste, liebte es nicht, mit dem Diner zu warten; sie eilte, um ihn nicht zu ergärnen, hastig auf ihr Zimmer, sich zum Diner umzukleiden. Die große Glocke im Vestibül des Hotel Lavisine schlug soeben sieben Uhr.

„Ist der Graf zugegen?" fragte Sophie ihr Kammermädchen im Vorbeilaufen.

„Jawohl, gnädiges Fräulein," lautete die Antwort. „Bereits im Speisesaale?"

„Nein, noch in seinem Arbeitskabinet unten im Erdgeschoß."

So blieb noch Zeit zu einer raschen Toilette. Sophie warf ihr Kleid ab und hüllte sich mit Hilfe des Kammermädchens voll Eile in eine andere Seidenrobe.

Ihre Toilette war soeben beendet, die Handschuhe dabei schnell von der Hand gestreift; Sophie stand an der Thür, um das Zimmer zu verlassen und sich in den Speisesaal zu begeben.

In diesem Augenblicke dröhnte eine krachende Detonation durch das Hotel; das Haus erbebte, man hätte glauben können, es stürze in sich zusammen.

4. Kapitel.

Tiefe Stille folgte dem donnerähnlichen Getöse. Die Bewohner des Hauses, vom Schrecken gelähmt, verharrten in athemlosem Schweigen. Niemand wagte sich zu regen, Niemand den Platz zu verlassen, auf dem er stand. Man erwartete jeden Augenblick eine Wiederholung des furchtbaren Getösches, einen Zusammenbruch des Hauses.

Die ersten Worte, die gehört wurden, waren die Schreckensrufe der Komtesse. Sie rief nach Hilfe, nach ihrem Onkel, ihren Dienern. Dann stürzte sie aus dem Zimmer hinaus, auf den Vorflur, die Stiege hinab nach dem unteren Geschoß.

Niemand hatte im ersten Augenblick auf ihre Rufe geantwortet, Niemand war erschienen; jetzt endlich stieß der Intendant des Grafen zu ihr, aus seiner Wohnung im zweiten Stock herabeilend. In gleicher Zeit nahten sich vorsichtig, entsetzt, von verschiedenen Seiten Diener, die mit Anrichtung des Diners im Speisezimmer beschäftigt gewesen, alle halb gelähmt vor Schrecken, nicht wissend, wohin sie wagen dürften, ihre Füße zu setzen.

„Was gibt es, was ist geschehen?" fragte die Komtesse angstvoll.

Niemand wußte ihr zu antworten. „Der Graf!" rief sie auf's Neue erschreckt aus. „Wo ist er? Weshalb eilt er nicht herbei .... er muß gleich uns dies fürchterliche Getöse gehört haben .... mein Gott, und sein Arbeitskabinet liegt in diesem Geschoß, das Gewölbe erdröhnte hier unten .... wenn ihm ein Unglück zugestoßen, wenn er verschüttet wäre ...."

Sie eilte stracks nach der hinteren Seite des Hauses zu, wo nach dem Garten hinaus das Arbeitszimmer des Grafen lag. Der Intendant, die anwesenden Diener folgten ihr.

Die Thüre des Arbeitszimmers war geschlossen. Muthig, ohne zu zögern, riß sie dieselbe auf und wollte hineineilen. Erschreckt prallte sie einen Schritt zurück.

Eine dichte Dampfwolke erfüllte das Gemach, ein scharfer, fremdartiger Geruch schlug ihr betäubend entgegen, tiefe Finsterniß hüllte das ganze Innere des Zimmers ein.

„Luft! Licht!" rief sie entschlossen aus. „Oeffnet die Fenster, bringt Leuchter herbei!"

Die Diener stürzten hinweg, um dem Befehl zu gehorchen. Andere suchten vorsichtig in dem erstickenden Rauch vorzudringen, um zu den Fenstern zu gelangen. Wieder Andere kamen erst jetzt von ihren Plätzen herbeigeeilt, der Portier, der Kutscher, der Koch und seine Mähe. Lichter wurden gebracht, Laternen, Lampen; an der Spitze ihrer Leute drang Komtesse Sophie in das Gemach ein, dessen Dampfwolke sich jetzt mit der Außenluft vermischt und ein annähernd Vorschreiten der Anwesenden ermöglicht hatte.

Aber nur unvollkommen durchdrang das vorhandene Licht, nur einen Schritt breit einen bleichen Schimmer verbreitend, die raucherfüllte Dunkelheit. Man mußte fast tappen, um schrittweis vorwärts dringen zu können und nicht fürchten zu müssen, im nächsten Moment vielleicht in einen gähnenden Abgrund zu stürzen oder gegen einen Trümmerhaufen anzurennen.

Man stieß zunächst auf einen umgestürzten Stuhl, einen ebensolchen Tisch, ein wüstes Durcheinander von Büchern, Schreibgegenständen und Utensilien am Boden.

Endlich, als das mehr und mehr durchdringende Licht gestattete, deutlicher um sich zu sehen, erhob die Komtesse, allen Anderen voran, den Leuchter, den sie trug, um ihre Blicke freier umherschweifen zu lassen. Im nächsten Augenblick entfiel der Leuchter ihrer Hand, sie stieß einen gellenden Schrei aus und wandte sich zurück, entsetzt in die Arme des hinter ihr stehenden Kammermädchens fallend.

Die ihr zunächst Befindlichen sahen, was sie entdeckt.

„Der Graf! Der Graf! Da! Da! Dort ist er!" tönte es schreckensvoll von allen Seiten.

Es bedurfte des Scharfblickes, fast des Errathens, um zu erkennen, daß jene klatige dunkle Masse dort am Boden der Mauer einst Menschen, der Mauer, wie die wohlbekannte Kleidung zeigte, des Grafen Lavisine sei.

Der Leichnam, denn nur ein solcher war es noch, lag am Boden auf dem Teppich vor dem Schreibtisch, halb bedeckt von dem letzteren, der umgestürzt über ihn hinwegragte.

Kein Möbel in dem ziemlich großen Gemach war unversehrt. Ueberall sah man nur Trümmer und Bruchstücke, ein wahres Chaos. Es war, als sei das Zimmer von Geschützkugeln demolirt, mit Artilleriekraft in eine Ruine verwandelt worden.

Komtesse Sophie hatte man ohnmächtig auf ihr Zimmer gebracht. Etwa zwanzig Minuten waren seit dem Eintritt der Katastrophe verflossen, als der Polizeikommissär des Reviers auf dem Platze erschien.

5. Kapitel.

Der Beamte traf auf dem Flur des Hauses mit dem Arzt zusammen, einem berühmten Professor am medicinischen Kolleg, der den verstorbenen Grafen behandelt und den man, da er in der Nähe wohnte, eiligst herbeizurufen vermocht hatte. Die beiden Männer begaben sich nach dem Arbeitskabinet des Grafen, dem Schauplatz des Unglücksfalles, wo man bis zu ihrer Ankunft absichtlich Alles unverändert gelassen.

Der Arzt trat näher, beugte sich zu dem Körper des Verunglückten hinab, untersuchte ihn und sagte kurz:

„Tod. Seit etwa einer halben Stunde. Vollständige Zerschmetterung des Kopfes."

„Es muß also irgend eine Explosion stattgefunden haben, nicht wahr?" meinte der Kommissär. „Eine Unvorsichtigkeit mit dem Gase vermuthlich —"

Der Arzt zog prüfend die Luft ein, die noch immer jenen scharfen penetranten Geruch spüren ließ. „Das ist nicht Gas, was wir hier riechen," sagte er. „Ich bin Chemiker und glaube diesen eigenthümlichen Geruch, den wir hier wahrnehmen, zu kennen. Ich vermuthe Schwefelsäure und Salpetersäure."

„Setzt sich irgend ein Explosionsstoff aus diesen zusammen?"

„Es sind die Grundstoffe des Dynamits."

„So beschäftigte sich der Graf vermuthlich mit chemischen Experimenten, ist durch Unvorsichtigkeit mit Feuer an die gefährlichen Stoffe gekommen, mit der Cigarre, mit einem Licht —"

„Nein!" unterbrach ihn der Gelehrte.

(Fortsetzung folgt.)

m Handelsgewerbe bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891 hat folgenden Wortlaut: Wir Wilhelm u. s. w. verordnen auf Grund des Artikels 9 Absatz 1 des Gesetzes betr. die Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 (Reichs-Gesetzbl. S. 261) im Namen des Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes, was folgt: Für das Handelsgewerbe treten die Bestimmungen der §§ 41a, 55a, 105a, 105b Absatz 2, 105c, 105e, 105f, 105h und 105i des Gesetzes betr. die Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891, soweit es sich um die zu ihrer Durchführung erforderlichen Maßnahmen handelt, mit dem 1. April 1892, im Uebrigen mit dem 1. Juli 1892 in Kraft.

— Das „Berliner Tageblatt" will von einer bevorstehenden Wiederanknüpfung von Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Deutschland wissen. — Der „Post" zufolge plant Rußland die Aufnahme einer Anleihe von 75 Millionen Rubeln angeblich zu Eisenbahnzwecken. Letzteres wird offenbar betont, um das deutsche Kapital anzulocken, während doch Niemand wissen kann, ob die eingezahlten Summen nicht zu ganz anderen, Deutschland nachtheiligen Zwecken Verwendung finden werden. Es ist anzunehmen, daß das Publikum in Deutschland sich nicht wird verführen lassen, sein Geld unter diesem Vorwande einem Lande zur Verfügung zu stellen, dessen Bewohner ihm mindestens nicht freundlich gesinnt sind. Die einfache Mittheilung der gekennzeichneten Absicht wird deshalb zur Warnung genügen.

— Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bespricht die portugiesische Finanzverwaltung und die Vorschläge der portugiesischen Regierung, die Ansprüche der Gläubiger auf die Hälfte herabzusetzen, um dadurch die Finanzlage zu bessern und hebt hervor, der Schwerpunkt liege in den, den auswärtigen Gläubigern zu gewährenden Garantieen für die Zukunft und einer Verständigung hierüber. Die Zeitungen möchten sich bei den Erörterungen lieber diesem Punkte als anderweiten verwirrenden Raisonnements zuwenden.

— „Die Coulissen des Welfenfonds", schreibt die „Köln. Volksztg.", d. h. die von uns gleich bei ihrer Ankündigung mißtrauisch behandelte Züricher Sensationsschrift, scheinen in der Versenkung zu verschwinden. Der „Frankf. Ztg." wird wenigstens aus Zürich gemeldet: „Der Autor der Welfenfonds-Broschüre verweigerte dem Verleger die Vorlage der Original-Quittungen. Das Nichterscheinen der Broschüre ist wahrscheinlich."

— Die Mai-Feier. Der socialdemokratische Parteivorstand veröffentlicht einen Aufruf, in welchem in Betreff der diesjährigen Mai-Feier verschiedene Vorschläge gemacht werden. Um jeder Zersplitterung der Feier vorzubeugen und um den social-politischen Charakter derselben mehr hervortreten zu lassen, wird die Feier in diesem Jahre von der „politischen Partei" vorbereitet. Und da der 1. Mai diesmal auf einen Sonntag fällt, so erwartet man die Betheiligung „der erdrückenden Mehrzahl der Arbeiter". „Die Mai-Demonstration" — heißt es in dem Aufrufe — „wird uns Gelegenheit geben, die Fabel vom Rückgange der Socialdemokratie durch ein noch nie gesehenes Massen-Aufgebot zu widerlegen." Die Hauptsache sei, daß die Mai-Kundgebung überall und unter möglichst zahlreicher Betheiligung vor sich gehe. „Wo es möglich ist, empfiehlt es sich, an die Versammelten kurze Ansprachen zu halten, und dann nur auf die Bedeutung des Tages hinweisende und die Forderungen der Arbeiter enthaltende Resolutionen zur Abstimmung bringen zu lassen." Von Seiten des Parteivorstandes wird ein besonderes illustrirtes „Mai-Festblatt" herausgegeben werden, das unter Anderem auch die auf den Arbeiterschutz, besonders den Achtstundentag und den internationalen Charakter der Arbeiterbewegung bezüglichen Beschlüsse der internationalen Arbeiterkongresse in Paris und Brüssel erhalten soll. Von besonderen „Maifeierfonds" soll in diesem Jahre mit Rücksicht auf die allgemeine schlechte Geschäftslage, die große Arbeitslosigkeit und den geringen Verdienst der großen Arbeitermassen abgesehen, dafür aber ein aus Metall hergestelltes „Maifestzeichen" zu dem billigen Preis von 5 Pf. ausgegeben werden. Das „Maifestzeichen" soll in zwei Farben: Roth und Gold, ausgeführt werden, „um gewissen polizeilichen und richterlichen Eingriffen vorzubeugen" (Tragen republikanischer Abzeichen u. s. w.). Der Parteivorstand erwartet, daß alle Parteiorte ohne Ausnahme das allgemeine Festzeichen benutzen werden. „Gerade durch die Benutzung dieses gemeinsamen Festzeichens soll der einheitliche Charakter der Demonstration sichtbar zum Ausdruck gebracht werden." Ergänzend sei noch bemerkt, daß für die Mai-Feier in der socialdemokratischen Presse bereits Fahnen, „Mailieder" und der Text der „Achtstunden-Marseillaise" zum Massenankauf angekündigt werden. Auch die „Unabhängigen", welche außer in Berlin auch in Magdeburg und Stuttgart Mitgliedschaften gegründet haben, wollen sich eifrig an der Mai-Feier betheiligen. Schreibt doch der „Socialist" in seiner neuesten Nummer: „Die Mai-Feier muß sich immer vollkommener zu einer internationalen Massenkundgebung ausgestalten. Sie ist die wirksamste und bedeutungsvollste Demonstration des Proletariats gegen die kapitalistische Gesellschaft und deren Einrichtungen." Es ist allerdings zu erwarten, daß die Mai-Feier in diesem Jahre sowohl in England wie auf dem europäischen Festlande einen Umfang annehmen wird, wie nie zuvor. In Frankreich gewinnt die Feier dadurch eine besondere Bedeutung, daß am 1. Mai zugleich im ganzen Lande (Paris ausgenommen) die Gemeinderathswahlen stattfinden, an welchen sich die organisirten Arbeiter rege betheiligen wollen. Zu dem Zweck haben sie ein eigenes Wahlprogramm aufgestellt, in welchem namentlich die Forderung der Errichtung von Arbeitsbörsen eine Rolle spielt. Die einheitliche Organisation der Mai-Feier für ganz Frankreich hat das neu gegründete französische Arbeitersekretariat in die Hand genommen. Dasselbe will demnächst ein auf die Feier bezügliches Manifest erlassen. In Oesterreich und Belgien soll die Mai-Feier zugleich zu Kundgebungen für das allgemeine Stimmrecht ausgenützt werden.

Ausland.

Paris, 2. April. Ein amtliches Telegramm meldet: 900 Dahomeyer hätten mehrere Dörfer in der Nähe von Porto-Novo zerstört. Der stellvertretende Gouverneur habe an den König von Dahomey, Behanzin, einen energischen Protest gerichtet und alle zur Vertheidigung geeignete Maßregeln ergriffen. Wie verlautet, erörtert die Regierung die Dahomey gegenüber einzuschlagenden Schritte und namentlich die Eventualität einer über die ganze Küste von Dahomey einschließlich Weidah zu verhängenden Blockade, um dadurch den Waffen- und Sklavenhandel zu verhindern. Auch die Innehaltung der vertragsmäßig an Behanzin zu gewährenden Summe von 20,000 Franken wird erwogen. Der Unterstaatssekretär der Kolonien wird einen Kredit von 300,000 Franken zur Verstärkung der Truppen in Dahomey verlangen und beantragen, daß die Berathung der Kammer hierüber noch vor den Osterferien stattfinde.

Die französischen Truppen in Tonking stürmten den befestigten Stützpunkt der Piraten in Tanhe und sprengten vom 28. bis 30. März die annamitischen Banden. Das Land ist von General Voiron besetzt. Die Franzosen hatten 17 Todte, darunter 3 Offiziere.

Tarbes, 2. April. Eine für die Bergwerke von Pierrefitte bestimmte Kiste mit Dynamitpatronen wurde auf der Station Lourdes von einem aus Toulouse kommenden Zuge entwendet.

Durham, 2. April. Laut dem heute bekannt gewordenen Resultat der Abstimmung der Bergleute hat sich die große Mehrheit für den Streik erklärt.

Rom, 2. April. Die Erklärungen Rudini's, er halte nur ungern an Afrika fest, machen überall starken Eindruck, man glaubt die Regierung werde in Zukunft sich auf eine durchaus passive Politik in Afrika beschränken.

Der „Moniteur de Rome" schreibt, die Lösung der Krisis in Preußen habe Niemand befriedigt. Die Stellung des Grafen Eulenburg sei erschüttert, noch ehe sich entschieden habe, welchen Kurs er nehmen werde. Zwischen den Konservativen und Liberalen stehend werde er schließlich die wichtigste Waffe gegen die Socialdemokraten, die Konfessionsschule, preisgeben müssen. Das Centrum aber habe seine volle Aktionsfreiheit wiedergewonnen und brauche den Kampf nicht zu fürchten.

Belgrad, 2. April. Wegen Besetzung des Kriegsportefeuilles ist eine Ministerkrisis ausgebrochen. Wie verlautet, hat das radikale Kabinet abgedankt und die Regenten haben die liberalen Führer zur Kabinetsbildung berufen.

Athen, 2. April. Ein amtlich publicirtes Regierungsprogramm legt die Ursachen des Kabinetswechsels dar. Es erklärt die gegenwärtigen Verhältnisse als kritisch in Folge schlechter Verwaltung aller Ressorts des früheren Kabinets, die Regierung verspricht, die Gesetze zu achten, eine ehrliche unparteiische Verwaltung einzurichten, die Einnahmen durch eine Steuerreform zu erhöhen und die Ausgaben möglichst zu vermindern. Das Ministerium werde, um die Wahlen nicht zu beeinflussen, Kandidaten nicht ernennen; wer dies Programm annehme, sei Regierungskandidat.

New-York, 2. April. Nach hier eingetroffenen Meldungen aus Buenos Aires ist daselbst der Belagerungszustand erklärt worden. Nach weiter hier eingetroffenen Nachrichten wäre derselbe in Folge der Entdeckung einer Verschwörung verhängt worden, welche den Sturz der gegenwärtigen Regierung bezweckte. Die Hauptschuldigen sollen verhaftet sein. Wie es heißt, wäre die Verbindung mit den Provinzen unterbrochen. In der Stadt herrsche Ruhe.

Ein Telegramm aus Caracas (Venezuela) meldet, die Revolutionäre hätten die Regierungstruppen bei Ortiz geschlagen und beherrschen das Gebiet des oberen Orinoco. Die Zahl der Revolutionäre wächst. Der Präsident habe den Kongreß aufgelöst und diejenigen Mitglieder verhaften lassen, welche Gegner der neuen Konstitution sind. Das Geschäft stockt, verschiedene ausländische Häuser haben geschlossen.

Baden.

Karlsruhe, 2. April. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, den Oberlandesgerichtsrath Wilhelm Gerbel in Karlsruhe auf sein unterthänigstes Ansuchen unter Anerkennung ihrer langjährigen treugeleisteten Dienste auf den 1. Mai d. J. in den Ruhestand zu versetzen und demselben das Kommandeurkreuz 2. Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen; dem Professor und kaiserlich russischen Staatsrath Dr. Thoma in Dorpat die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland verliehenen kaiserlich russischen St. Annen-Ordens 2. Klasse zu ertheilen; dem Zolldirektor Geheimerath Lepique die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem deutschen Kaiser, König von Preußen, verliehenen königlich preußischen Kronen-Ordens 2. Klasse mit dem Stern zu ertheilen; dem kaiserlichen Postdirektor Obermüller in Baden die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem deutschen Kaiser, König von Preußen, verliehenen königlich preußischen Kronen-Ordens 3. Klasse mit der Zahl 50 zu ertheilen, sowie den nachbezeichneten Beamten die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen der ihnen von Seiner Majestät dem deutschen Kaiser, König von Preußen, verliehenen Auszeichnungen zu ertheilen, und zwar dem Bezirksingenieur und Vorstand der Rheinbauinspektion Freiburg Wilhelm Caroli bezüglich des königlich preußischen Rothen Adler-Ordens 4. Klasse und dem Dammmeister Eberhardt in Kirchen bezüglich der königlich preußischen Kronen-Ordens-Medaille und dem herzoglich Sachsen-Meiningen'schen Hofkapellmeister Fritz Steinbach aus Grünsfeld die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Hoheit dem Herzog von Sachsen-Meiningen verliehenen Ritterkreuzes 1. Klasse des herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens zu ertheilen.

Karlsruhe, 2. April. Seine Königliche Hoheit der Großherzog brachte gestern Nachmittag längere Zeit mit gutem Erfolg außer Bett zu, ist auch heute um 1/2 Uhr aufgestanden und verweilte mehrere Stunden im Lehnstuhl.

Karlsruhe, 2. April. Das „Gesetzes- und Verordnungsblatt für das Großherzogthum Baden" Nr. 9 veröffentlicht eine Verordnung des Ministeriums des Innern zum Vollzug des Reichsgesetzes vom 1. Juni 1891 betr. Abänderung der Gewerbeordnung.

Karlsruhe, 2. April. Laut Allerhöchster Kabinets-Ordres vom 18. März 1892 ist Folgendes bestimmt:

5. Badisches Infanterie-Regiment Nr. 113:

Abegg, Secondelieutenant von der Reserve des Regiments, in Kontrole des Landwehr-Bezirks Bremen, zum Premierlieutenant befördert.

4. Bad. Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm Nr. 112:

de Neufville, Secondelieutenant von der Reserve des Regiments, in Kontrole des Landwehr-Bezirks Frankfurt a. M., als Reserveoffizier zum 1. Hessischen Infanterie-Regiment Nr. 81 versetzt.

7. Badisches Infanterie-Regiment Nr. 142:

Zwilling, Vicefeldwebel, in Kontrole des Landwehr-Bezirks Forbach, zum Secondelieutenant der Reserve des Regiments befördert.

Kurmärkisches Dragoner-Regiment Nr. 14:

Reddelien, Premierlieutenant, in Kontrole des Landwehr-Bezirks Lauban, —

Wiegand, Premierlieutenant, in Kontrole des Landwehr-Bezirks Straßburg, beide von der Reserve des Regiments, — zu Rittmeistern befördert.

Badisches Pionier-Bataillon Nr. 14:

Hotzel, Premierlieutenant, zum Hauptmann und Kompagniechef befördert.

Hillmann, Secondelieutenant, in das Pommersche Pionier-Bataillon Nr. 2 versetzt.

** **Karlsruhe,** 2. April. Die „Badische Korresp." sucht in ihrer heutigen Nummer das Auftreten des Finanzministers in der Sitzung der Zweiten Kammer vom letzten Mittwoch zu rechtfertigen, seine Schlappe zu beschönigen und nebenbei die Abgg. Muser und Wacker mit Spott und Hohn zu regeln. Was sie in der letzteren Beziehung leistet, kann man nur als frech bezeichnen und insofern auch als unehrlich, als nicht bloß die Abgg. Muser und Wacker gegen die Erklärungen des Finanzministers Stellung nahmen, sondern in gleichem Sinne auch der Abg. Fieser, man darf sagen: die ganze Kammer. Es waren hauptsächlich zwei Erklärungen, welche zum Widerspruch nöthigten:

1. warf der Finanzminister den Parteien vor, daß sie „aus anderen" als sachlichen Gründen für die Interessen der Beamten eine „Agitation" inscenirt hätten. Durch Wacker's Widerspruch veranlaßt sprach er es ganz unverhohlen aus, daß er vor Allem die Nationalliberalen im Auge hatte. Wie zur näheren Erklärung legte er dann

2. das Geständniß ab, daß die Regierungsvorlage, betreffend den Wohnungsgeldtarif für die unteren Kategorien von Staatsbediensteten „eine politische Vorlage" sei. Das ist ein ganz horrendes Eingeständniß. Mit demselben hat Finanzminister Ellstätter mit aller Ungenirtheit zugegeben, daß die Regierung den Beamten gegenüber das gethan hat, was er den Parteien vorwarf. Wenn die „Vorlage für sie „eine politische war," dann hat sie „aus anderen" als sachlichen Gründen die unteren Beamten finanziell besser stellen wollen.

3. Finanzminister Ellstätter hat der Kammer — nicht etwa den Abgg. Muser und Wacker — in's Gesicht gesagt: „ich habe Sie überraschen wollen" und: „ich habe es so eingerichtet, daß Sie sich innerhalb drei Tage schlüssig machen mußten." Das ist der Volksvertretung gegenüber ungemein herausfordernd.

Als die Gesetzesvorlage, die Forterhebung der Steuern betr., zur Berathung stand, hat sich der Finanzminister sehr gehütet, einen solchen Ton anzuschlagen und derartige Worte zu sprechen. Im Gegentheile: er war sichtlich bemüht, nach allen Richtungen hin zu beruhigen und Bedenken zu beschwichtigen. Die Art und Weise, wie jetzt die „Bad. Korr." nachträglich sich über die Sache ausläßt, ist gar nicht dazu angethan, das Ansehen der Regierung zu heben und das Vertrauen zu ihr zu fördern. Ellstätters Erklärungen waren nach dieser Seite hin schon sehr fatal. Die Rechtfertigung derselben durch die „Bad. Korresp." ist noch ungleich fataler.

** **Karlsruhe,** 2. April. Auch vom Gesichtspunkte der staatlichen Ordnung aus betrachtet ist es höchst bedenklich, was Staatsrath Eisenlohr über die politische Aufgabe der ihm unterstellten Beamten in der Zweiten Kammer gesagt hat. In der klarsten unzweideutigsten Weise hat er den Amtmännern die Aufgabe zugewiesen, mit aller Energie für nationalliberale Wahlsiege zu arbeiten.

Selbstverständlich hat er es nicht gerade mit diesen Worten gesagt. Allein was er gesagt hat, kann nicht anders verstanden werden und ist auch nicht anders verstanden worden. So haben es die Abgeordneten von der Opposition verstanden und darum sehr energisch protestirt. So haben es die Nationalliberalen verstanden, ihre große Freude darüber ausgesprochen und ihm ein Vertrauensvotum dafür ertheilt. Während der Debatte kam es ihm zum Bewußtsein, daß er Worte und Sätze ausgesprochen hatte, die an ganz anderen Stellen gleichfalls als bedenklich angesehen werden könnten. Er war darum sichtlich bemüht, seine ersten Auslassungen wenigstens bezüglich ihres Wortlautes abzuschwächen und so waren neben den ersten Stellen andere zu registriren, die nach ihrem Wortlaute etwas Anderes besagten, thatsächlich aber das Gleiche meinten. Wir haben uns nun die Mühe genommen, sämmtliche Stellen in ihrem Wortlaute bekannt zu geben mit den bezüglichen Auslassungen nationalliberaler Redner, so daß jedem Leser ein vollständiges Bild geboten und damit die Möglichkeit gegeben war, auf Grund des vorgelegten Aktenmateriales ein durchaus selbständiges Urtheil sich zu bilden. Jedermann wird dieses Verfahren als streng ehrlich und sachlich bezeichnen müssen. Nun kommt das Organ des Herrn Staatsraths Eisenlohr, die auf allgemeine Staatskosten unterstützte „Bad. Korr.", und sucht mit beispielloser Ungenirtheit abzuleugnen, was sonnenklare Thatsache ist. Unter dem Titel „eine politische Fabel" bringt es einen Ableugnungsartikel, zu dessen richtiger Charakterisirung es keinen strafrechtlich zulässigen Ausdruck gibt. Darin heißt es:

„So wird jetzt im „Beob." und in der Berliner „Germ." immer wieder die unwahre Behauptung vorgebracht, der Leiter des Großh. Ministeriums des Innern habe in der zweiten Kammer zugestanden, daß die Amtmänner bei den Wahlen für die Bewerber der nationalliberalen Partei eintreten und überhaupt diese Partei unterstützen sollen. Die „Bad. Korr." hat zwar wiederholt nachgewiesen, daß diese Behauptung durchaus den Thatsachen widerspricht, nachdem aber die ultramontane Presse immer wieder den Inhalt des bezüglichen Passus aus der Rede des Leiters des Ministeriums des Innern entstellt, sieht sich die „Bad. Korr." veranlaßt, den Wortlaut hier folgen zu lassen. Herr Staatsrath Eisenlohr sagte —"

Nach dieser Ankündigung muß Jedermann erwarten, daß nunmehr der Wortlaut dessen kommt, was Staatsrath Eisenlohr gesagt hat. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Allerdings kommt eine von den verschiedenen Stellen der Eisenlohr'schen Reden, allein gerade jene, welche den offenbaren Zweck hatte, die Hauptsätze der Eisenlohr'schen Auslassungen womöglich zu verdunkeln oder doch in einem anderen Lichte erscheinen zu lassen. Die Stelle ist im „Bad. Beob." mit den anderen mitgetheilt worden. Die „Bad. Korr." stellt aber die Sache so hin, wie wenn Eisenlohr sonst Nichts gesagt hätte und bemerkt mit unglaublicher Keckheit:

„Wenn wir auch nicht annehmen, daß nunmehr die ultramontane Presse die Unrichtigkeit ihrer Behauptung anerkennen und auf die weitere Ausbeutung der etwas ungeschickt erfundenen Fabel bezüglich der „Wahlantriebsbeamten" verzichten wird, so dürfte doch für ehrlich denkende, nicht im einseitigen Parteiinteresse befangene Politiker durch die Veröffentlichung des Wortlauts aus seiner Rede der Beweis erbracht sein, daß der Leiter des Ministeriums des Innern weit entfernt davon war, zu sagen, was die ultramontanen Wortführer so gerne von ihm gehört haben würden."

Das ist eine wahre Musterleistung journalistischer Unehrlichkeit.

Die „Wahlantriebs - Beamten" sind der „Terminus technicus" des Herrn Staatsraths Eisenlohr. Er selbst, nicht etwa ein Abgeordneter der Opposition, hat diese charakteristische Bezeichnung in die Debatte geworfen und wir möchten nicht behaupten, daß es das Unzutreffendste von dem war, was der leidenschaftliche Herr schon gesagt hat. Der Appell an die „ehrlich denkenden, nicht im einseitigen Parteiinteresse befangenen Politiker" ist der ausgesprochenste Hohn, der sich denken läßt. Die nationalliberale Presse braucht wahrlich nicht aufgemuntert zu werden, mit den Forderungen der Wahrheit und Ehrlichkeit es nicht so ängstlich genau zu nehmen. Allein diese Leistung des offiziellen Organs des Ministeriums des Innern nimmt sich wie eine direkte Aufforderung aus, das Publikum zu täuschen, wenn es durch Kenntniß der Wahrheit stutzig werden könnte.

Soll das das „Bedürfniß" sein, dem nach Eisenlohr's Versicherung durch Gründung der „Bad. Korr." Rechnung getragen wurde? Wir fordern hiermit das Blatt mit aller Entschiedenheit auf, seinem Leserkreise mitzutheilen, was Staatsrath Eisenlohr über die politische Aufgabe der Beamten gesagt hat und erklären mit Fug und Recht den Herrn Staatsrath selbst verantwortlich dafür, wenn dieser wohlbegründeten Forderung nicht Rechnung getragen und das Lesepublikum der „Bad. Korr." in der offenbar systematischen Täuschung festgehalten wird.

* **Karlsruhe,** 2. April. Ueber das Auftreten des Herrn Finanzministers Ellstätter in der denkwürdigen Sitzung vom 30. März äußert sich auch die „Frkf. Ztg." und zwar von ihrem Standpunkt aus u. a. folgendermaßen: „Auch die Parteien ohne Ausnahme kamen schlecht weg. Der Herr Finanzminister wirft ihnen vor, daß sie sich den Beamten allzusehr „genähert" hätten, d. h. eine unzulässige Agitation bei den Beamten getrieben hätten. Dieser Vorwurf, gegen welchen die Vertreter aller Parteien mit seltener Einmüthigkeit Protest einlegten, erscheint im Munde eines badischen Regierungsvertreters um so merkwürdiger, als vor nicht langer Zeit ein Kollege des Herrn Ellstätter vom nämlichen Platze aus in Betreff der Pflichten der Beamten bei Wahlen Anschauungen an den Tag gelegt hat, die sehr stark an den verflossenen preußischen Wahlminister Herrn v. Puttkamer erinnerten. Im Uebrigen könnte der badische Finanzminister wissen, daß in Wirklichkeit die Sache eher umgekehrt liegt, daß nicht die Parteien zu den Beamten, sondern die Beamten zu den Parteien, und vielfach zu den Oppositionsparteien gekommen sind, weil sie insbesondere im Hinblick auf das letzte Beamtengesetz ihre Interessen in den Händen der Regierung nicht hinreichend gut aufgehoben glaubten. Der Herr Minister hätte sich dies um so mehr sagen müssen, als er an einer anderen Stelle seiner Rede selbst erklärte, daß die zur Debatte stehende Vorlage einer in Beamten- und anderen Kreisen herrschenden Strömung Rechnung zu tragen bestimmt sei. Die Regierung ist also über die in Beamtenkreisen vielfach herrschende Unzufriedenheit und über deren wirkliche Gründe hinlänglich unterrichtet und es ist nicht gerade ein löbliches Thun, wenn sie trotz dieser Kenntniß die Parteien und ihre angebliche Agitation für den unliebsamen Zustand verantwortlich macht. Am unglücklichsten aber war Herr Ellstätter mit seiner Enthüllung über den Grund, welcher die Regierung zu der Einbringung ihrer Steuerermäßigungsvorlage veranlaßt hat. „Ausdrücklich" erklärte der Minister, er habe mit dieser Vorlage das Land überraschen wollen, um die Kammer zu veranlassen, in kurzer Zeit ihre Entscheidung zu treffen; hätte er vorher eine Andeutung hierüber gemacht, so wäre im ganzen Lande ein großer Streit über die Art der Steuerermäßigung ausgebrochen. Die Politik der Ueberraschungen ist bekanntlich eine der charakteristischsten, aber auch der schlimmsten Seiten der „Aera Bismarck", die Erfahrungen, die das deutsche Volk mit derselben gemacht hat, sind nach jeder Richtung hin sehr trübselige. Der „neue Kurs" hat denn auch in verschiedenen Fällen diese, hauptsächlich aus allzugroßem, bis zum Unfehlbarkeitsdünkel gesteigerten Selbstbewußtsein entspringende Politik aufgegeben und durch frühzeitige Veröffentlichung der Gesetzentwürfe der öffentlichen Meinung die Möglichkeit gewährt, sich zu äußern, mehrfach ist es bekanntlich sogar offiziell als der Zweck der Veröffentlichung bezeichnet worden, das Urtheil der Oeffentlichkeit zu hören. Der Finanzminister Badens scheint es leider in dieser Beziehung noch mit der Bismarck'schen Schule und es für bedenklich oder mindestens unnöthig zu halten, die öffentliche Meinung zu hören. Im Interesse des Landes wäre aber dringend zu wünschen, daß Herr Ellstätter aus der betreffenden Debatte eine Lehre ziehen und für die Zeit, die er noch das Finanzwesen Badens zu leiten haben wird, sich auf einen anderen, moderneren und in den Rahmen eines konstitutionellen Staatswesens besser hineinpassenden Standpunkt stellen möchte."

Badischer Landtag.

-4. **Karlsruhe,** 2. April.

14. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Vicepräsident Freiherr Franz v. Bodman eröffnet um 10 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstische: Staatsrath Eisenlohr und die Ministerialräthe Schenkel und Braun.

Vom Ministerium ist dem hohen Hause ein Gesetzentwurf zugegangen, das Recht zur Ausgabe von Banknoten der badischen Bank betreffend, welcher an die Kommission für Gesetzgebung verwiesen wird.

Petitionen sind von 13 Gemeinden wegen Abänderung von Artikel 3 des Gesetzentwurfs über Besteuerung des Kunstweins eingegangen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung betrifft die Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für 1892/93 und zwar Ausgabe-Titel 14—18 und Einnahme-Titel 5—8.

Berichterstatter Freiherr v. Racknitz beantragt nach kurzer Erläuterung, das Budget in Fassung der Zweiten Kammer anzunehmen.

Geheimer Hofrath Dr. Engler weist bei Titel 14 darauf hin, daß auf elsässischer Seite bei Bohrungen Petroleum gefunden wurde und wünscht, es sollten auch auf badischer Seite Tiefbohrungen vorgenommen werden. Uebrigens sollte die Sohle des Rheinthals damit erschlossen werden, womit man interessante Entdeckungen machen könnte, auch in Preußen werden fortwährend Tiefbohrungen vorgenommen. Dort habe man wichtige Salzlager entdeckt und es wäre gut für die Zukunft, wenn das auch bei uns der Fall wäre, bei der jetzigen Methode kann man die geologische Beschaffenheit der Sohle nicht kennen. Die Regierung sollte eine Privatgesellschaft subventioniren, dann würden die Tiefbohrungen auch bei uns vorgenommen, wozu ein Bohringenieur zugegeben werden soll, damit nicht nur wissenschaftliche, sondern auch praktische Interessen in Betracht kommen.

Ministerialrath Schenkel erwidert, das Petroleum gehöre nach dem Berggesetz der Allgemeinen Bergfreiheit und gehöre dem, der es bohrt. Auf die Funde im Elsaß hat die Regierung Gutachten erhoben, ob die Bohrungen sich auch bei uns lohnen würden, welche günstig ausgefallen sind. Dann setzte die Regierung eine Kommission ein, welche ein Gutachten ausarbeitet, wo die Tiefbohrungen vorgenommen werden sollen. Geh.

Nach Erstattung dieses Gutachtens wird die Regierung eventuell Mittel beantragen, um die Versuche unterstützen zu können. Aber auch ganz bedeutende wissenschaftliche Interessen unserer Landes-Geologie kommen dabei in Frage und rechtfertigen eine Unterstützung, die 40,000 M. im Budget würden allerdings nicht ausreichen.

Bei Titel 15 wünscht Kommerzienrath Diffené Einführung des Prüfungszwanges, um einen besseren Besuch der Schifferschule in Mannheim herbeizuführen, welcher sehr zu wünschen übrig lasse.

Ministerialrath Schenkel erwidert, die Schiffer müßten heute den Nachweis der Fähigkeit erbringen, ehe sie ein Patent zur Schiffahrt auf dem Rheine erhalten. Dies sei aber ungenügend und die Regierung werde darauf dringen, daß auch neben der praktischen eine bessere theoretische Ausbildung verlangt wird.

Zu Titel 16 widerspricht Freiherr v. Hornstein dem Abg. Gerber im andern Hause, daß unser Land für die Pferdezucht ungeeignet und das Geld zur Förderung derselben zum Fenster hinausgeworfen sei. Baden solle im Gegentheil seinen Bedarf an Pferden selbst decken. Allerdings hat der starke Pferdeexport von Deutschland vor etwa 30 Jahren einem starken Import Platz gemacht, trotzdem die Futterpreise und Pachtschillinge bei uns geringer sind, als in vielen außerdeutschen Ländern. Der Rückgang der Pferdezucht ist hauptsächlich den Besitzverhältnissen zuzuschreiben, die meisten Kleinbauern haben hierzu nicht Kapital genug. Im Auslande kaufen die wohlhabenden Besitzer die Fohlen und ziehen sie groß, wodurch eine gute Einnahme entsteht. Vielleicht wird es bei uns besser, vorläufig bleibt aber nur das Mittel der Unterstützung, die Regierung solle Fohlenweiden und Tummelplätze einrichten, auch schwereres Zuchtmaterial zur Erzielung von Artilleriepferden zu beschaffen suchen. Er bedauert, daß man vom Landesgestüt abgekommen, man solle aber das kombinirte System einführen, wie in Elsaß-Lothringen, je nach den Wünschen der Bezirke, die Privatbehandlung lasse meist zu wünschen übrig. Wenn dies richtig angefaßt, werde die Pferdezucht immerhin noch lukrativ sein.

Oberregierungsrath Lydtin erwidert, der Rückgang der Pferdezucht sei hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben, daß man in Deutschland hauptsächlich das Kavalleriepferd züchtete. England, Belgien und Frankreich züchteten aber Pferde für Handel, Verkehr und Landwirthschaft, die Pferde mußten leistungsfähiger und dadurch schwerer von Gewicht sein. Diese Ansicht macht sich jetzt auch bei uns geltend, auf einer Karte der preußischen Regierung ist Baden überhaupt nicht als Land verzeichnet, wo das Kavalleriepferd gezüchtet werden soll. Unsern kleinen Besitzern fehlt aber das Geld, die größeren Besitzer nehmen ihnen auch die Thiere nicht ab, deßhalb werden die Fohlen jung verkauft und 4—5jährige sind Pferde kaum zu kaufen. Die Regierung läßt den Züchtern jetzt eine kräftige Unterstützung zu Theil werden, von Vortheil ist, daß die Hengste jetzt das ganze Jahr auf der Station bleiben und nicht gewechselt wird. Auch habe die Prämiirung und die Einführung guter Stuten zugenommen, Fohlenweiden wurden errichtet und den Züchtern ermöglicht, ihre Fohlen in Pflege zu geben, wobei die Regierung Unterstützung gebe und es solle in Zukunft noch mehr geschehen, damit der Züchter seine Fohlen selbst aufziehen kann. Theilweise bestehe auch, was der Herr Vorredner gewünscht, für die Hardt, das Hannerland und die östliche Gegend zwischen Karlsruhe und Baden einzelne Pferdezuchtvereine. Baden zeigt auch Bestrebungen, um Hengste jederzeit beschaffen zu können. Bei dem sich jetzt vollziehenden Umschwung empfehle sich aber kein Eingreifen, wenn Wünsche im Landwirthschaftsrathe immer lauter werden, könne unversehens erfolgen.

Freiherr Ernst August v. Göler bedauert ebenfalls die Aufhebung des Landesgestüts, womit man das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Die Fehler lagen nicht in der Einrichtung, sondern nur an den Ausführungsbestimmungen. Die guten Erfolge gingen vom Marstall aus, wo vor etwa 100 Jahren türkische Hengste angekauft wurden, welche sich bei Verbesserung unserer Rasse geltend machten. Es handle sich nicht um eine Pferdevermehrung, sondern um deren Veredelung, er freue sich, daß das bisherige System bereits durchlöchert sei und wünsche, daß auf diesem Wege fortgefahren werde, das Reitkriegspferd passe auch für unsere Landwirthschaft. Nur durch ein concentrisch-intensives System könne man Erfolge erzielen, er wünscht aber keinen raschen Wechsel, der nur verderblich wirkt. Redner kommt dann auf die landwirthschaftliche Hochschule Hochburg zu sprechen, er wünscht aber derart populäre Ackerbauschulen, wie sie Württemberg besitzt und wie sie für unseren Mittelbauernstand passen würden. Dies sei um so nöthiger, als der Landwirth nicht auf die Wanderschaft geht und es bei uns leider zu wenig rationelle Betriebe gibt. Wie für den Gewerbestand die Gewerbehalle, ebenso nöthig sei für die Landwirthschaft eine Ackerbauschule. Dem Pächter der Hochburg könne man nicht zumuthen, auf seine Kosten Anschaffungen und Versuche zu machen, deßhalb sollten die Ackerbauschulen vom Staate selbst betrieben werden, denn er trage bei einer Unterstützung doch die Verantwortung, die Regierung solle dies im Auge behalten.

Ministerialrath Buchenberger erwidert, die Frage wegen Hochburg befinde sich noch in der Schwebe, da auch die Augustenburg angekauft wurde. Für Obst- und Weinbau, sowie Kellerei werde die Hochburg jedenfalls beibehalten, es solle aber der Landwirthschaftsrath darüber gehört werden, ob diese Hochschule in ihrem jetzigen Zustande beibehalten werden soll. Seit Antritt des neuen Pächters und der Unterstützung des Staates wurde der Lehrplan zu Gunsten einer theoretischen und praktischen landwirthschaftlichen Ausbildung geändert, da stimme er aber bei, daß noch mehr Praxis geübt werden müsse, damit der austretende Schüler sofort eine Gutsaufseherstelle übernehmen könne. Es wäre schon mehr erfolgt, wenn der Pacht jetzt nicht abliefe, gegen einen Selbstbetrieb müsse er sich wegen des wirthschaftlichen und finanziellen Risikos erklären, übrigens sei Kirchberg in Württemberg auch nicht im Staatsbetriebe und erziele gute Resultate. Redner bringt noch Verschiedenes zur Sprache, welches demnächst dem Landwirthschaftsrathe vorgelegt werden soll.

Freiherr v. Hornstein dankt der Regierung für ihre Thätigkeit gegen die Viehseuchen und wünscht, daß wieder wie früher eine Desinfizirung der Thiere und Stallungen stattfinden solle. Trotzdem in Stammenthal eine radikale und demokratische Regierung sei, werde dies doch strenge durchgeführt und man habe damit gute Resultate erzielt. Mit dem Streben, die Perlsucht (Tuberkulose) den Seuchen zuzuzählen, solle man einstweilen eine Verständigung mit den Nachbarstaaten Württemberg, Bayern und Elsaß versuchen und auch die Wanderheerden besser überwachen.

Staatsrath Eisenlohr dankt für das Lob, von anderer Seite habe man deßwegen Beschwerden erhoben, doch werde man in den Maßnahmen in Bekämpfung der Seuchen nicht nachlassen. Erleichtert werde nur, daß jene Desinfektion von der Ortspolizei vorgenommen werden dürfe, wenn dies nicht genüge, werde sie wieder den Thierärzten übertragen. Die Nachbarstaaten gingen aber nicht so strenge vor, betreffs der Versuche sollte allerdings eine Verständigung der süddeutschen Staaten stattfinden.

Kommerzienrath Diffené kommt wieder auf Titel 15 zurück, freut sich, daß unsere Industrie den Handschuh des Panamerikanismus aufgenommen hat und die Ausstellung in Chicago beschickt. Es komme darauf an, daß man die richtigen Leute dorthin schickt; es sollen aber nicht nur Arbeiter und Kleinhandwerker als Delegirte dorthin geschickt werden, in erster Linie solle man die technische Hochschule in Betracht ziehen, auch dem Ingenieurfach solle eine Vertretung gesichert werden. Er glaubt aber nicht, daß selbst die erhöhte Summe hierfür ausreicht, denn es gebe viel zu lernen, die Preise seien hoch und eine solche Gelegenheit werde sich wohl so leicht nicht mehr bieten.

Staatsrath Eisenlohr hält den Betrag für ausreichend, weil es sich hier nur um Industrielle und Vorstände der Schulen, nicht aber für die technische Schulen handelt.

Geheimer Hofrath Dr. Engler wünscht Männer mit großem Ueberblick und vielseitigem Verständniß als Delegirte nach Chicago, der einfache Arbeiter werde nicht wissen, was er mit der Menge des Gebotenen anfangen soll. Vor Allem solle man aber die technische Hochschule nicht davon ausschließen.

Bei Titel 17 kommt Geh. Hofrath Dr. Engler auf die Verwerthung der Wasserkräfte des Rheines zu elektro-technischen Zwecken zu sprechen, speciell auf das Wasserwerk bei Rheinfelden. Letzteres habe große Beunruhigung hervorgerufen, besonders beim Stadtrath in Freiburg, welche aber unbegründet sei, weil die Regierung das öffentliche und auch speciell badische Interesse zu wahren verstand, die Gesellschaft einen deutschen Charakter besitzt. Redner erläutert den Vertrag und macht klar, welche Kraft die Wasser des Rheines entwickeln, es sei aber nicht daran zu denken, daß wegen der Kosten der Staat die Sache in die Hand nimmt. Gerade die Verwerthung der Wasserkräfte hat eine Ersparniß von Kohlen zur Folge, deßhalb sei die Furcht der Kommunen wegen Versiegung der Quelle für Kraft und Licht einstweilen nicht begründet, diese hätten auch kein besonderes Recht auf Ausnützung dieser Wasserkräfte, die sollten so viel als möglich an Ort und Stelle verwendet werden. Im Princip ist die electrische Frage gelöst und deßhalb habe man Grund zuzuwenden, es müßten Experimente angestellt werden und man solle der Gesellschaft dankbar sein, welche ihr Geld dazu hergebe. Deßhalb sei das Unternehmen in Rheinfelden zu begrüßen, ein Verbot wegen weiterer Konzessionen würde nur einen Stillstand in der Sache herbeiführen, anstatt weitere Fortschritte machen. Redner empfiehlt den Ausstellungen, welche an dem Vertrage gemacht werden, hat aber an der von der Zweiten Kammer beantragten gesetzlichen Regelung der Sache nichts einzuwenden, weil ein Bezirksrath doch nicht die zuständige Behörde zur Konzessionsertheilung sei, er möchte aber auch eine bessere Sicherung der Gesellschaft und bittet, es sollten keine Erschwerungen stattfinden, Schwierigkeiten aber beseitigt werden.

Staatsrath Eisenlohr dankt für diese sichtvollen Ausführungen, welche die Angelegenheit in das richtige Licht gerückt, er hofft, daß die öffentliche Meinung dies beherzigen werde. Die Regierung habe nicht nur dazu Hand, sondern im Interesse des Landes gehandelt. Eine besondere Abgabe wie in Naram werde bei uns von den Gewerbetreibenden nicht verlangt. Die Regierung sei nicht beschränkt in der Konzessionsertheilung nach Maßgabe der Gesetze und sie habe nicht gezögert, die Verantwortung zu übernehmen und sie werde in ähnlichen Fällen ebenso handeln.

Kommerzienrath Diffené beantragt, die Rede des Herrn Dr. Engler drucken zu lassen, was angenommen wird.

Geh. Oberregierungsrath Haas wünscht nicht, es sollen den Besitzern Planabdrücke der Katastervermessung zugänglich gemacht werden. Bis jetzt befinde sich der Atlas nur in einem Exemplar im Besitze der Gemeinden, es gibt etwa 2140 Gemeinden, von welchen etwa 1800 vermessen sind, die anderen sind begonnen oder kommen nächstens daran. Etwa 100,000 M. wären erforderlich und man müßte riskiren, die Kopien auf Lager zu halten und darum solle man nur dort fertigen lassen, wo solche verlangt wird und dann könnte ein billiger Preis eingeführt werden.

Berichterstatter Freiherr v. Reckwitz meint, die Kosten kämen doch in Betracht gegen das, was die Katastrirung kostet, die Besitzer tragen dazu bei und in Württemberg könne man das Blatt für 50 Pf. kaufen.

Damit schließt die Berathung und es wird das Budget angenommen.

Es folgt die Berathung des Berichts der Budgetkommission über die Petition der Gemeinderäthe des Amtsbezirks Wertheim um Erhöhung der Vergütung für die Einziehung der Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung.

Berichterstatter Präsident des Verwaltungsgerichtshofs Dr. Wieland erkennt die Berechtigung eines höheren Vergütungs-Anspruchs an, hält die Sache einer Untersuchung werth und stellt Namens der Kommission den Antrag, die Petition der Regierung zur Kenntnißnahme zu überweisen.

Ohne weitere Diskussion wird der Antrag angenommen und darauf die Sitzung geschlossen.

Die nächste Sitzung wird aufkommenden Donnerstag anberaumt.

Karlsruhe, 2. April.

57. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)

Abg. Dreher kommt ebenfalls auf die sogenannte Versängungsmethode zu sprechen. Im Oberland komme auch eine sogenannte partielle Anpflanzung vor. Um Mißverständnissen nach Außen vorzubeugen, frage er an, ob nur eine Versängung durch Wurzelreben in Betracht kommen könne. Der Zeitpunkt, wenn die Befreiung eintrete sei ihm weniger wichtig.

Ministerialrath Göller erwidert, daß nur bei einer vollständigen Umwerfung durch Wurzelreben die Steuerbefreiung eintreten solle.

Abg. Birkenmayer wird dem Antrag Blankenhorn beistimmen.

Abg. Schüler steht unter dem Eindruck, daß wir hier viel gewollt aber wenig erreicht haben. Da jedoch mehr nicht erreicht werden konnte, so gebe er sich auch mit dem Wenigen zufrieden, obgleich der finanzielle Effekt jedenfalls sehr unbedeutend sein werde. Er hoffe aber, daß der Gesetzentwurf viele Rebbesitzer veranlaßt werde, ihre Rebberge umzureuten. Eine neue Versängungsmethode halte er für sehr nothwendig und freue sich deßhalb über das Vorhandensein unserer Rebschulen. Aber er befürchte, daß bei den vielen Neuanpflanzungen, die jedenfalls nunmehr vorgenommen werden, die Rebsetzlinge nicht in ausreichendem Maße erhältlich sein werden; er sei deßhalb dafür, daß man die Steuerbefreiung auch dann eintreten lasse, wenn vielleicht auch noch ein kleines Stück des Geländes noch anzupflanzen sei. Bezüglich der Düngung sei er etwas anderer Ansicht, als der Abg. Keller; in seiner Gegend würden die Reben alle 3 Jahre gedüngt. Auswärtiger Bezug von Dünger rentire sich nicht. Er stimme auch für den Antrag Blankenhorn.

Abg. Weber glaubt, daß sehr viele unserer Weinberge eine Neuanpflanzung bedürfen; er bitte deßhalb, daß man bei Anlage der Rebschulen der Auswahl der Sorten große Aufmerksamkeit schenke und insbesondere die Bodenbeschaffenheit des Bezirks berücksichtige, in den die Setzlinge kommen. Um die Weinberge auch hinreichend düngen zu können, empfehle es sich, den Rebbesitzern möglichst viel Landstreu zu gewähren, denn gerade bei Neuanpflanzungen solle tüchtig gedüngt werden.

Berichterstatter Rau bemerkt, die Kommission halte an dem Regierungsantrag fest, da sie bezüglich des Beginnes der Steuerfreiheit eine sicherere Handhabe biete, als der Antrag Blankenhorn.

Es wird abgestimmt, der Antrag Blankenhorn wird genehmigt; ebenso werden die Art. 2 und 3 des Gesetzes sodann in namentlicher Abstimmung somit das ganze Gesetz angenommen.

Zu b: Nachlaß der Grundsteuer wegen außerordentlicher Unglücksfälle nimmt das Wort

Abg. v. Buol: Das Gesuch der Petenten sei ein altes und schon oft dagewesenes; er hätte geglaubt, daß nach so gründlicher Erledigung der Frage anläßlich der landwirthschaftlicher Enquete man allgemein zur Ueberzeugung gekommen wäre, daß eine allgemeine Revision der Einschätzung zur Grundsteuer verfrüht und viel zu kostspielig wäre und daß die Berücksichtigung einzelner lokaler Wünsche erst recht eine Ungleichheit herbeiführen müßten; es sei nicht ersichtlich, wie eine alle 5 oder alle 10 Jahre eintretende Erledigung inzwischen eingekommener Anträge, wie sie die Petenten wünschten, eine einheitliche und gerechte Einschätzung sollten herbeiführen können. Das würde nichts als ein dauerndes Fortgesetztes Flickwerk von Einschätzung darstellen. Dagegen sei allerdings nicht zu bestreiten, daß die Ertragsteuern überhaupt und insbesondere unsere Grundsteuer, die Fragen was mit dem System vereinbar sei, was nicht, ob der Kaufwerth oder der Reinertrag zu Grund zu legen sei u. dergl. nicht von der Tagesordnung verschwinden wollten. Soeben sei ein Gesetzentwurf erledigt worden, von dem die Regierung in der Begründung selbst sage, daß er mit dem System der Ertragsteuer schwer zu vereinbaren sei und gleich nachher werde ein Gesetzentwurf verhandelt werden, bei dem die Regierung von Anträgen aus dem Hause die absolute Unvereinbarkeit mit dem System behaupte; vor wenigen Tagen sei in der Ersten Kammer eine Meinungsverschiedenheit darüber zwischen Regierung und Kammer zu Tag getreten, ob die Besteuerung landwirthschaftlicher Hilfsgebäude prinzipwidrig sei oder nicht. Redner ist überzeugt, daß, wenn es möglich gewesen wäre, den Abzug der Schulden zu gestatten, die Agrarbewegung zum größten Theil gegenstandslos geworden wäre; dies sei nun allerdings ebenso unmöglich, als es unmöglich sei, 2 Pfund Reis von 3 Pfund Kaffee abzugeben; aber das den Leuten klar zu machen, sei nicht leicht und zwar hauptsächlich wegen der Inkonsequenzen, deren sich die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Ertragsteuer schuldig gemacht habe, z. B. durch Zulassung des Schuldenabzugs bei der Kapitalsteuer. Jetzt, nachdem wir eine Kapitalrentensteuer haben, die kaum mehr den Namen einer Ertragsteuer verdiene, sei der Abzug allerdings möglich und der Uebergang zu dieser Steuerart möge angezeigt gewesen sein, so lange wir keine Einkommensteuer hatten; bei Einführung dieser im Jahre 1884 sei es aber geboten gewesen, dieselbe auf eine Ertragsteuer zurückzubilden, wie der damalige Bericht der Ersten Kammer (H. Diffené) richtig ausgeführt habe, indem er die Unterlassung nur mit der Eile zu entschuldigen versuchte, mit der damals das Einkommensteuergesetz habe fertiggestellt werden müssen. Zu welch' unrichtigen Schlüssen solche Inkonsequenz führe, zeige sich u. a. aus einer Stelle des Berichtes der Ersten Kammer über die Besteuerung landwirthschaftlicher Hilfsgebäude auf Seite 4, welche lautet: „Am deutlichsten charakterisirt sich aber die badische Steuergesetzgebung als Ertragssteuergesetz im Kapitalrentensteuergesetz, dessen Art. 1 lautet: der Ertrag aus Kapitalvermögen, sowie Renten und sonstige derartige Bezüge unterliegen der Kapitalrentensteuer. Nirgends werden hier die Kaufpreise der Werthpapiere u. dergl. als Steuerkapital eingeführt." — Redner glaubt dem Ausdruck geben zu müssen, nachdem er jüngst aus einer Aeußerung des Ministers entnehmen zu können geglaubt habe, daß im Schooß der Regierung eine Steuerreform erwogen werde. Eine solche hätte nach Redners Ansicht von dem System auszugehen, das wir im Prinzip bereits haben, nämlich der Gegenüberstellung von Einkommen und Vermögen aber mit schärferer Begrenzung und konsequenteren Durchführung, insbesondere aber mit richtigerem Verhältniß beider zu einander. Letzteres sei auch der Kernpunkt der bekannten Heidelberger Petition, die nicht aufhören werde, das Haus zu beschäftigen, bis sowohl auf dem Gebiete der Staatssteuer, als insbesondere auch auf dem der Gemeindebesteuerung, wo das sog. fundirte Einkommen eine weit größere Rolle spiele, das der heutigen Lage der Dinge entsprechende Verhältniß zwischen Einkommen und Vermögen richtig getroffen sei. —

Abg. Klein-Wertheim hält eine partielle Neukatastrirung für thunlich, eine vollständige Neukatastrirung sei mit allzu großen Kosten verbunden, als daß sie jetzt ausgeführt werden könne. Berechtigten Beschwerden sollte aber abgeholfen werden. Er hätte es deßhalb lieber gesehen, wenn die Kommission den Antrag auf Kenntnißnahme gestellt hätte.

Berichterstatter Rau widerspricht, darauf wird der Kommissionsantrag genehmigt. Zu dem schon genannten Gesetzentwurf verweist Berichterstatter Rau auf den Bericht und empfiehlt den Gesetzentwurf zur Annahme.

Abg. Müller hätte das Gesetz etwas weitherziger gewünscht.

Abg. Birkenmayer glaubt, daß wenn der finanzielle Effekt auch nicht groß sein werde, der moralische Effekt um so mehr ins Gewicht falle; immerhin seien auch die rein steuerlichen Gesichtspunkte nicht zu unterschätzen. Die Fassung des Artikels 1 halte er allerdings für etwas sehr beschränkt. Die Begriffe der in demselben angeführten Naturereignisse seien sehr dehnbar und verschieden; auch wäre es wohl am Platze, daß die sogenannten Bodenerschütterungen darin aufgeführt worden wären; wenn diese auch seltener vorkämen, so schädeten sie auch in der Regel sehr viel. Des Anlegen Pfefferle und seinen Bemühungen sei es gelungen, auch für die Reben zu erzielen, daß auch Frost für ein solches außerordentliches Naturereigniß betrachtet werde. Erfreulicher Weise habe sich die Regierung für den Frost erwärmt und habe ein weitgehendes Entgegenkommen gezeigt.

Abg. Pfefferle tritt den Ausführungen Birkenmayers bei.

Abg. Wittmer ist sich nicht sicher, welcher Frost gemeint sei. Im Winter mache sich der durch Frost herbeigeführte Schaden erst nach Wochen bemerkbar, es könne also nicht in den vorgeschriebenen acht Tagen Meldung davon gemacht werden. Deßhalb sei eine nähere Definition der Frostes nöthig. Auch sei es schwer die Größe des Schadens festzustellen. Ferner solle der Nachlaß für Reben und andere Produkte gleich sein.

Abg. Streicher spricht seine Befriedigung darüber aus, daß der Gesetzentwurf auch den Rebleuten eine kleine Besserung bringe.

Abg. Schüler: Vom moralischen Erfolg, der so sehr betont werde, fülle sich der Geldbeutel nicht. Statt Begriff Frost hätte man Mißjahre setzen sollen. Er könne nicht begreifen, warum man sich dagegen so sehr wehre. Er halte es immer noch für ungerecht, daß man von Leuten Steuern verlange, die keine Erträgnisse hätten. Kein anderer Stand habe mit so vielen Mißjahren zu kämpfen, als der Winzer.

Abg. Pfefferle erklärt, daß sie die Frühjahrsfröste im Auge gehabt haben, da diese am meisten Schaden anrichten.

Abg. v. Buol: Die Aeußerung eines Vorredners, daß er noch nicht verstehe, warum die Kommission nicht bei Reben auch den „Mißwachs" als Grund zum Steuernachlaß zugelassen habe, veranlasse ihn, den Bericht etwas zu ergänzen, da dieser wohl das Ergebniß, aber nicht den Gang der Berathung vollständig wiedergab. Die Kommission sei nämlich der Ansicht gewesen, daß Mißernte, Mißjahr oder Mißwachs nur das negative Ergebniß, nicht aber die Ursache derselben bezeichne, die ja auch von ungenügender Bebauung des Geländes oder vom Alter der Reben herrühren könne, daß die Behörde aber einem Anspruch auf Steuernachlaß gegenüber auch in der Lage sein müsse, den Grund und den ursächlichen Zusammenhang desselben mit dem Schaden zu prüfen. In dem ernsten Bestreben, dem Sinn des Beschlusses der sog. Weinbauerkommission gerecht zu werden, habe man einen Zusatz zu § 3 beschlossen, daß bei Reben auch durch „anderweite elementare Ereignisse" verursachter Schaden in Betracht komme. Die Regierung habe aber diese Fassung für unannehmbar erklärt, was in Verbindung allerdings mit dem großen Mißverhältniß zwischen den Kosten der Entschädigungsfeststellung und den Steuerbeträgen zu dem Vergleich geführt habe, daß in § 1 wenigstens der Frost als geeignete Schadensursache aufgenommen wurde. Redner würde es viel lieber gesehen haben, wenn das Gesetz ähnlich wie in Elsaß-Lothringen einfach „elementare Ereignisse" oder wie in Hessen „außerordentliche Unglücksfälle" als Ursache des Steuernachlasses angeführt, die einzelnen Fälle aber nur exemplikativ aufgeführt hätte. In Hessen seien auch „Heereszüge" als solche angegeben, die jetzt allerdings kaum mehr zutreffen, seitdem wir strategische Bahnen hätten. Der Grund sei aber mit dem „Unglücksfall" treffender bezeichnet, denn allen von höherer Gewalt herrührenden Unglücksfällen entgegen zu treten, sei doch der eigentliche Zweck des Gesetzes. Schwierigkeiten seien auch, insbesondere hinsichtlich der Zeit, um welcher die Anzeigefrist zu berechnen sei, nach dem Gesetzentwurf vorhanden, z. B. bei einer langsam anfangenden und dann wieder fallenden, wochenlange andauernden Ueberschwemmung. Was den Redner beruhige und ihn veranlasse, trotzdem dem Gesetze zuzustimmen, sei der Umstand, daß nach demselben stets der ganze Schadensersatzbetrag festgestellt, aber nur an diejenigen vertheilt werde, welche Schaden liquidirt haben; es sei anzunehmen, daß die wohlhabenderen Beschädigten zu Gunsten der ärmeren zeitweis auf die Liquidation verzichteten.

Abg. Dreher hätte es gerne gesehen, wenn auch die Winterfröste in Berücksichtigung gezogen worden wären.

Abg. Birkenmayer wiederholt, daß sie nur die Winterfröste im Auge gehabt hätten.

Abg. Klein-Weinheim unterstützt die Ansicht des Abg. Dreher bezüglich der Winterfröste.

Abg. Lohr hatte statt Frost lieber Mißwachs resp. Mißjahr in das Gesetz aufgenommen gesehen.

Abg. Vogelbach möchte noch „Winterfröste" eingefügt haben.

Ministerialrath Göller bemerkt, daß sich die Regierung auf die Winterfröste nicht einlassen könne.

Die Diskussion ist damit geschlossen. Darauf wird der Gesetzentwurf nach dem Kommissionsantrag angenommen.

Schluß der Sitzung 12½ Uhr.

Karlsruhe, 4. April.

58. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung 9½ Uhr.

Am Ministertisch: Nokk und die Regierungskommissäre Jaas und Becherer.

Haus fast vollzählig, Tribünen dicht besetzt und zwar sind die Besucher der letzteren der Mehrzahl nach Lehrer.

Tagesordnung: Gesetzentwurf, betreffend Aenderungen des Gesetzes über den Elementarunterricht, Generaldiskussion. Berichterstatter Weygold.

Der Sekretär verkündet den Eingang zweier Petitionen.

Abg. Weygold legt die Unterschiede zwischen dem Orts- und dem Altersklassensystem dar. Ersteres bestehe außer bei den katholischen Geistlichen nur noch bei den Lehrern, sei aber auch da in den letzten Jahren durchbrochen worden. Es sei nicht möglich, diese Anordnung ganz zu beseitigen und im Uebrigen das Gesetz unbeleuchtet zu lassen. Mehrere andere bestehende Einrichtungen müßten daher ebenfalls abgeändert werden; verschiedene andere Aenderungen wurden freiwillig vorgenommen. Bezüglich des Gehaltstarifs habe sich die Kommission mit dem Regierungsentwurfe nicht einverstanden erklären können. Statt 1800 M. Höchstgehalt und vierjährige Zulagefristen beantrage die Kommission 2000 M. Höchstgehalt und dreijährige Dienstzulage. Die drei unteren Klassen der dem Beamtengesetz unterworfenen Beamten erreichten ihren Höchstgehalt in 16 bis 17 Jahren, man hielt es deßhalb für gerecht, daß auch die Lehrer wenigstens in 21 Jahren ihren Höchstgehalt erreichen; deßhalb habe die Kommission die dreijährige Dienstzulage vorgeschlagen und hoffe, daß dieser Vorschlag die Zustimmung finden werde. Auf Einzelnes will Redner am Schluß zurückkommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Abg. Strübe betrachtet die Gesetzesvorlage als einen Wendepunkt in der Volksschulgesetzgebung von großer, auch socialer Bedeutung. Die Lehrer befänden sich jetzt auf einem ganz anderen Boden als früher, das sei ein Fortschritt; letzterer liege insbesondere auf den Uebergang vom Ortsklassensystem auf das Altersklassensystem. Der dahin gerichtete Wunsch der Lehrer sei vollständig gerecht gewesen, denn das Ortsklassensystem habe viele Ungleichheiten mit sich gebracht. Eine andere Wohlthat bestehe in dem Umstand, daß die Lehrer nicht mehr durch die Gemeinde, sondern durch die Staatskasse ausbezahlt würden; obgleich es in den letzten Jahren damit auch besser geworden sei. Alle Lehrer würden zwar nicht einen gleichen Vortheil ziehen, aber doch die meisten und das ist die Hauptsache. Wenn jetzt auch nicht alles erreicht werden könne, so dürfe uns das nicht abhalten, das zu erreichen, was zu erreichen ist; zu sehr dürften wir das Staatsschifflein eben nicht belasten; auch sei es nöthig, daß man eben an die bisherigen Verhältnisse denke. Unsere Schulverhältnisse könnten jeden Vergleich mit anderen deutschen Staaten aushalten; der Unterschied aber zwischen heute und unserer Gesetzgebung von 1835 sei sehr groß; mit besonderem Dank müssen wir daher auch der jetzigen Zeit gedenken, insbesondere auch der 40jährigen Regierung unseres Großherzogs, der auf das Gebiet der Schule stets die größte Sorgfalt verwendet habe. Ueber die verschiedenen Meinungen in einzelnen Punkten werde sich wohl eine Einigung erzielen lassen. Die älteren Lehrer würden zwar den jüngeren gegenüber etwas benachtheiligt, aber immerhin sei das, was ihnen sofort am 1. Mai geboten werde, sehr namhaft. Speziell wolle er noch darauf hinweisen, daß in zusammengesetzten Gemeinden die Anstellung der Haupt- und Unterlehrer in geordneter und gerechter Weise erfolgen solle, damit nicht die einzelnen Gemeinden zu sehr belastet werden. Die Zahl der Unterlehrer solle hier jene der Hauptlehrer nicht übersteigen dürfen. Er hoffe, daß die Verwaltungsbehörde das Richtige treffe. Sehr vortheilhaft erscheine es hier, daß auch das Einkommen der Industrielehrerinnen angemessen erhöht worden sei; die Interessen der Industrieschulen würden dadurch nur gewinnen. Die Städte brächten für ihre Lehrer außerordentliche Opfer, weshalb man ihnen auch ein gewisses Recht der Ernennung der Lehrer einräumen müsse; er bedaure nur, daß die Städte bei dieser Ernennung eben in der Regel nur auf jüngere Kräfte zurückgreifen und alle verdienten Lehrer nicht die Möglichkeit erlangen, in eine Stadt zu kommen. Zum Schluß bittet er die Regierung, dahin wirken zu wollen, daß den Gemeinden in ihren Ausgaben für Schulzwecke keine Schwierigkeiten bereitet würden.

Die Sitzung dauert fort.

Kleine badische Chronik.

Freiburg, 2. April. Ueber das furchtbare hiesige Brandunglück erzählt der Bewohner des 2. Stocks, ein Wittwer mit 7 Kindern, zur Katastrophe u. a. folgendes: „Um die zweite Stunde wurde ich durch ein eigenthümliches Knistern wach, und sah auf dem Treppenhaus ein mächtiges Feuer wüthen, gegen das anzukämpfen jede Möglichkeit ausgeschlossen war. Sofort drückte ich die Thüre wieder zu und riß meine Kinder aus den Betten. Als dieselben nothdürftig bekleidet, der Rauch auch bereits zum Ersticken die Zimmer füllte, blieb mir nichts anderes übrig als den Ausweg durch die Fenster auf die Straße zu nehmen. Mehrere Kinder, die bereits auf den Fensterstöcken saßen und herabspringen wollten, zog ich wieder zurück, warf erst Betten hinab und ließ ein Kind nach dem anderen auf die Betten fallen, die der Hauswirth im Hemd aufraffte. Hierbei fiel leider ein Bübchen von 10 Jahren mit dem Kopf an die Wand und erlitt einen Hirnschädelbruch. Dasselbe wird wahrscheinlich aber geheilt werden. Die verunglückten Kinder der so schauerlich um's Leben gekommenen Familie Lederle sind 4 Mädchen im Alter von 7—15 Jahren und 2 Knaben von 4 und 5 Jahren. Die Frau war des Nachmittags in der Entbindungsanstalt und sollte auch dort verbleiben; sie verlangte nochmals zu ihren Kindern zurück, um leider mit ihnen den Todesgang zu machen. Der in den 50er Jahren stehende Vater soll nach Aussage des geretteten, aber bei der Flucht doch leider verletzten 16jährigen Mädchens als letzte Worte ausgerufen haben: „Ohne die Mutter gehe ich nicht!“ Der Anblick der Leichen war grauenvoll. Dieselben sind meistens bis zur Unkenntlichkeit verkohlt; eines der Mädchen mit vollständig verkohltem Gesicht hatte noch seinen Zopf unversehrt. — Schreckliches Loos des armen Mädchens, das Eltern und sämmtliche Geschwister auf diese Weise verliert!

Lokales.

Karlsruhe, 4 April.

* **Kirchliche Vorträge.** Wir wollen es nicht unterlassen, nochmals auf die von morgen Dienstag ab jeweils 8½ Uhr in der Liebfrauenkirche stattfindenden Vorträge des hochw. Herrn Universitätsprofessors Dr. Hardy aus Freiburg aufmerksam zu machen. Näheres ist in dem diesbezüglichen Inserat unseres heutigen Blattes enthalten. Einer besonderen Aufforderung zur zahlreichen Betheiligung von Seiten unserer Männerwelt bedarf es wohl nicht.

Neueste Nachrichten.

Paris, 3. April. Ravachol hat eingestanden, der Urheber der beiden Explosionen auf dem Boulevard St. Germain und in der Rue de Clichy gewesen zu sein und behauptet, daß hierbei nicht verwendete Dynamit sei vernichtet worden.

Brüssel, 3. April. Der Ministerpräsident und Finanzminister Beernaert ist interimistisch mit der Leitung des Ministeriums des Auswärtigen beauftragt worden.

Berichtigung.

In den Abdruck der Rede des Abg. Heg, Nummer 76 2. Blatt, hat sich ein Druckfehler insofern eingeschlichen, als es statt „auf ungefähr eine halbe Million Mark“ heißen muß „auf jährlich eine halbe Million Mark“. Auch muß es im Schlußabsatz statt „Ausgaben“ heißen „**Aufgaben**“.

Handel und Verkehr.

Durlach, 2. April. 50 Kilo alter Hafer —.—, neuer 7.70, Gerste 0.— Mk., ½ Kilo Erbsen 22, Linsen 30, Bohnen 18 Pfg., 1 Kilo Halbweißbrod 28, 1½ Kilo Schwarzbrod 48 Pfg., ½ Kilo Ochsenfleisch 70, Rindfleisch 66, Schweinefleisch 70, Hammelfleisch 66—70, Kalbfleisch 70 Pfg., Butter 1.— Mk., 10 Eier 55—— Pfg., 20 Liter neue Kartoffeln 1.40 Mk., 50 Kilo neues Heu 2.70, Stroh 1.80 Mk.

Konstanz, 1. April. 100 Kilo Weizen 22.—, Roggen 19.50, Gerste 15.50, Hafer 13.50, Kernen —.—, Welschkorn 15.—, Mehl 1. Sorte 38.—, 2. S. 36.—, 3. S. 34.—, Kleie 10.— Mk., 1 Kilo Halbweißbrod 32, Schwarzbrod 28 Pfg., Rindfleisch 1.32, Kalbfleisch 1.40, Hammelfleisch 1.50, Schweinefleisch 1.40, Ochsenfleisch 1.44, 1 Ster Buchenholz 10—11, Weißholz 7—8, 100 Kilo Holzkohlen 3.50—4.—, 100 Eier 5.50—6.—, 1 Kilo Butter 1.80—0.—, 100 Kilo neue Kartoffeln 8.——9.— Mk., 1 Kilo Erbsen 50, Linsen 50, Bohnen 30 Pfg.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebote: 1. April. Heinrich Schmid von Adelshofen, Gutsaufseher in Langenalb, mit Elisabeth Zimmermann von Eppingen. — 2. April. Albert Bumiller von Scheibenhardt, Kaufmann hier, mit Anna Ziegler von Eichtersheim.

Eheschließungen: 2. April. Wilhelm Winbecker von Worms, Spediteur hier, mit Sofie Stiefvater von Offenburg. — Franziskus Mayer von Unterwangen, Bierbrauer hier, mit Elisabetha Siegmann von Külbertshausen. — Friedrich Rauch von Waldkirch, Fabrikdirektor in Mannheim, mit Elisabeth Elling von Dresden.

Geburt: 28. März. Joh. Marie, Vater August Krieger, Maler und Tüncher.

Todesfälle: 31. März. Katharina Schwab, alt 66 Jahre, Ehefrau des Maschinenmeisters Johann Schwab. — 1. April. Karl Neck, Bahnarbeiter, ein Wittwer, alt 67 Jahre. — Adolf, alt 3 Jahre, Vater Adam Schwinn, Schlosser. — Josef Back, Tüncher, ein Ehemann, alt 51 Jahre. — Elisabetha von Offensandt-Berckholtz, alt 78 Jahre, Wittwe des Rentners Ferd. von Offensandt. — Karl Holzer, Zollernehmer a. D., ein Wittwer, alt 72 Jahre. — Hermann Maisenbacher, Sattler, ledig, alt 25 Jahre. — Friedrich Schäfer, ledig, alt 16 Jahre.

Todes-Anzeige.

Heute früh entschlief unser theurer Onkel, der hochwürdige Herr Dekan

Josef Albert,

Jubelpriester, Pfarrer in Dossenheim, Ritter des Ordens vom Zähringer Löwen.

Er starb nach kurzem Leiden, versehen mit den hl. Sterbsakramenten, sanft und gottergeben im 85. Lebensjahr.

Beerdigung: Dienstag, 5. April, Vorm. 10 Uhr.

Diese Mittheilung statt besonderer Anzeige.

Dossenheim, 3. April 1892.

Für die trauernden Verwandten:

A. Bardorf, Lehrer in Freiburg.

Todes-Anzeige.

Am 31. März, Abends 10 Uhr, verschied zu Schloß Billigheim (Baden) in Folge sehr heftiger Lungenentzündung, versehen mit den heiligen Sterbsakramenten,

Ihre Erlaucht

Maria Gräfin zu Leiningen-Billigheim, Arco-Zinneberg,

des Königlich Kaiserlich Sternkreuzes-Ordensdame,

im 58. Lebensjahre.

Um stille Theilnahme bittet in seinem und seines Hauses Namen

Wenzeslaus Carl, Graf zu Leiningen-Billigheim.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute seine Dienerin,

Maria Josefa Schneider,
Wittwe,

Mutter des zu Allfeld † hochw. Herrn Pfarrers Schneider, gestärkt durch die hl. Sakramente, zu sich in ein besseres Jenseits abzurufen.

Freunde und Bekannte der Verstorbenen, insbesondere die Freunde und Bekannten ihres verstorbenen geistlichen Sohnes aus dem hochw. Klerus, werden um das Almosen des Gebetes ersucht.

Ebenheid, 2. April 1892.

Im Auftrage der trauernden Hinterbliebenen:

J. Schmitt, Curatus.

Ein Mädchen, gesetzten Alters, sucht zur selbständigen Führung eines kleinen Hauswesen Stelle. Gefällige Offerten unter Nr. 77 befördert die Expedition dieses Blattes.

Verlags-Anstalt vorm. **G. J. Manz** in **Regensburg**.

In unserem Verlag ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, in **Freiburg** durch die **Literarische Anstalt** und in **Karlsruhe** durch deren **Agentur**, Herrenstraße 34, zu beziehen:

Pachtler d. G. J., P., das Buch der Kirche

vom Palmsonntage bis zum weißen Sonntage, oder: Die Charwoche und Osterwoche mit allen ihren gottesdienstlichen Handlungen. Lateinisch und Deutsch, nebst Erklärungen der dabei vorkommenden Ceremonien. Auch u. d. Titel: Liturgia hebdomadis sanctae et paschalis ex missali et breviario romano. Latine et germanice edita. 6e Aufl. Mit Bewilligung der Obern. 8°. (520 S.) Preis M. 3.—, elegant gebunden M. 3.75. Franko gegen Voreinsendung von M. 3.20 bezw. M. 3.95 in Briefmarken.

Pachtler's „Buch der Kirche“ hat längst in zahlreichen Ordensgenossenschaften und bei vielen christlichen Familien sich eingebürgert und überhaupt eine so große Verbreitung gefunden, daß wir ihm zu dieser neuen Auflage nur ein herzliches „Glück auf“ zuzurufen haben. Stimmen aus Maria Laach, XXXIV.

Liebfrauenkirche.

Von **Dienstag, den 5. April, bis Palmsonntag einschließlich, jeden Abend 8¼ Uhr:**

Religiöse Vorträge

für katholische Männer aller Stände, gehalten von Herrn **Professor Dr. Hardy** aus Freiburg.

Eingang durch das rechte Seiten-Portal.

Der nützlichste Gegenstand für eine Haushaltung, ob groß oder klein, ist eine

gute Waschmange,

welche das theuere Weißzeug schont und das lästige, gesundheitschädliche und zeitraubende Bügeln erspart. Ich empfehle solche mit eisernem Getriebe in unübertroffener Güte für **Private, Gasthöfe, Institute, Anstalten, Spitäler** ꝛc. — Bitte illustr. Preisliste zu verlangen.

Wilhelm Wolf, Eisenmöbel-Geschäft in **Bühl** i. Bad. 4.3

Zu

Oster- und Erstcommunion-Geschenke

empfehle mein **reichhaltiges Lager** von

Schmuck-Gegenständen, Galanterie-Waaren

jeder Art.

Friedrich Blos,

Großherzogl. Hoflieferant,

F. Wolff & Sohn's Detail.

Gänzlicher Ausverkauf

wegen Ladenwechsel sämmtlicher

Schuhwaaren

zum Fabrikpreise. 40.30

Bei Einkauf von Mk. 20.— gewähre noch 5% Rabatt.

Bestellungen nach Maass, sowie Reparaturen werden prompt und solide ausgeführt.

Carl Goldmann, Schuhmacher,

235 Kaiserstraße 235.

Vom 23. April ab befindet sich mein Geschäft in unveränderter Weise

227 Kaiserstrasse 227.

Krokodil Karlsruhe.

Oeffentliche Kundmachung.

Nunmehr das altbekannte „Krokodil“ in meinen Besitz gekommen und fein säuberlich ist hergerichtet worden, so will ichs jetzt wieder eröffnen

am Montag, den 4. April.

Ein gar wohlschmeckend **Bier** und edler **Rebensaft** wird fürderhin, in gleicher Trefflichkeit wie bisher, ausgeschenket und zum guten Trunk allzeit eine gute **Speis'** auf den Tisch gesetzet werden, auch wird zuweilen der lust'ge Spielmann kommen zum Lob der Frau **Musika** und zu Nutz' und Ehr' des wackern Krokodils.

Solches hab' ich mir in meinem Willen fürgenommen und möcht' es den seitherigen treuen Gästen und allen geehrten Einwohnern der Residenzstadt und des ganzen Landes andurch offen kundgeben, mit der freundlich einladenden Bitt', Du wollest, lieber Leser, gern und oft das hochgerühmte Krokodil aufsuchen.

Es wird sich mächtig freuen — und Dich soll's nie gereuen!

Am Ludwigsplatz,
den 2. April 1892.

Der neue Krokodil-Inhaber:

J. G. Stark.

Karlsruher Colosseum,

jeden Tag Abends 8 Uhr beginnend,

Vorstellung von Künstlern I. Ranges.

= **Reichhaltiges, jeden Tag abwechselndes Programm.** =

Alles Nähere durch die Plakate ersichtlich.

Katholischer Arbeiterverein Karlsruhe.

Künftige Woche, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag u. Freitag Abends, jeweils Abends 8¼ Uhr nach neuer Zeitrechnung, hält der hochw. Herr Professor Dr. Hardy aus Freiburg, tiefreligiöse Vorträge für die hiesige katholische Männerwelt in der Liebfrauenkirche hier. Die Vereinsmitglieder werden dringend gebeten, zu jedem Vortrag vollzählig zu erscheinen. **Frauen sind ausgeschlossen.** 2.2

Der Vorstand: A. Himmelsbach.

RUDOLF MOSSE

Annoncen-Expedition

46 Amalienstrasse 46

(am Kaiserplatz)

KARLSRUHE.

Neueste Sachen in

Schürzen,

groß von **50 Pfg.** an,

Corsetten,

gut, von **Mk. 1.—** an in großer Auswahl, billigst bei 3.2

Oscar Beier,

Kaiserstraße 141,

nächst dem Marktplatz.

Erbsen, Linsen, Perlböhnchen 13.9

garantirt **gutkochend** empfiehlt

W. Erb, am Spitalplatz.

Reelles Heirathsgesuch.

Prakt. Arzt, von angenehmem Aeußern, **Reserve-Offizier**, 29 Jahre alt, mit guter, sehr einträglicher **Praxis**, wünscht ein **hübsches** katholisches Fräulein mit einem **Baar-Vermögen** von 60—80,000 **Mk.**, Zwecks baldiger Heirath **kennen zu lernen**. Aufrichtige und nicht anonyme Offerten, **womöglich mit Photographie**, sind an die Expedition ds. Bl. unter **Nr. 79** zur Weiterbeförderung einzusenden. Discretion zugesichert. 4.4

Für ein

Mädchen,

das diese Ostern aus der Schule entlassen wird, und stark und willig, gut erzogen ist, wird in einer katholischen Familie, wo sie, unter Anhaltung zu religiös-sittlichem Lebenswandel, Kochen und Haushaltung erlernen kann, eine Stelle gesucht. Gefällige Offerten unter Nr. 92 an die Expedition dieses Blattes.

Das Weißeln

von Küchen- und Zimmer-Plafonds ꝛc. wird billig und gut ausgeführt von **Ph. Müller**, Bahnhofstraße 34, im 2. Stock des Seitenbaues. Ebendaselbst ist ein großer Pritschenwagen zum Ausziehen herzuleihen. 2.1

K. A. K.

Heute, Dienstag, den 5. ds., Abends ¾9 Uhr (d. h. nach Schluß des Vortrags in der Liebfrauenkirche):

Gesangprobe

im Probelokal, Marienstraße 16.

Der Vorstand.